

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereint Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 40 vom 3. Oktober 1980

14. Jahrgang

1 DM

Barbarisches Massaker in München

Sofortiges Verbot aller faschistischen Banden!

Strauß hielt schützend die Hand über Hoffmann-Truppe

MÜNCHEN.— Mit tiefem Abscheu, mit Entsetzen und Haß haben die Menschen in unserem Land auf das faschistische Massaker an Besuchern des Münchner Oktoberfestes reagiert. Berechnend hat der braune Terror zugeschlagen — bestialischer denn je seit dem Ende der Hitler-Diktatur.

Und doch: So tief der Schock über die Bluttat von München auch sitzen mag, sie kam nicht von ungefähr. Der Boden für die faschistischen Bombenleger ist in diesem Land längst bereitet. Vor wenigen Wochen erst mußten in Hamburg zwei Asylsuchende ihr Leben lassen, ermordet durch eine tödliche Brandbombe. „Ausländer raus“ haben die Killer nach vollbrachter Tat an die Wand des Hamburger Wohnheimes geschmiert. Es ist die Parole, unter der mit Billigung des Bonner Staates die NPD zum Bundeswahlkampf antritt.

Und das ereignete sich allein am vergangenen Wochenende, im Entsetzen über das Münchner Massaker kaum wahrgenommen: Bombenanschlag gegen eine Wohngemeinschaft in Bielefeld. Die Täter: Angehörige der NPD-Jugendorganisation. Im bayrischen Hof wird in letzter Minute ein Attentat mit Gasflaschen auf das Theater verhindert. Im schwäbischen Uhingen werden drei von Neonazis versteckte Bombenrohlinge gefunden. In Frankfurt zerstören Brandbomben das U-Bahndepot.

Das ist nichts anderes als eine eiskalt kalkulierte Offensive des faschistischen Terrors, der nur auf eines zielt: wahllos Menschenleben zu vernichten, in diesem Land ein Klima der Angst und des Schreckens zu erzeugen. Ein Klima, in dem dann der Ruf nach dem „starken Mann“ lautwerden soll. Und dieser Mann ist Franz Josef Strauß. Er selbst hat vor Jahren ausgedrückt, wie er an die Macht zu kommen gedenkt: über die „Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art“.

Der gleiche Strauß hat als bayrischer Ministerpräsident jahrelang seine schützende Hand über die in seinem Lande operierende Hoffmann-Bande gehalten. Immer wieder wurden die Forderungen nach einem Verbot der Bande und nach Verhaftung ihrer Mitglieder in den Wind geschlagen. Und selbst jetzt, wo die Verantwort-

ung der faschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ für das Münchner Massaker zweifelsfrei feststeht, werden Hoffmann selbst und seine Mordkumpane nach kurzfristiger Haft wieder auf freien Fuß gesetzt.



Bandenchef Hoffmann wieder auf freien Fuß gesetzt.

Und die Münchner CSU-Bosse lassen derweil das Oktoberfest weiterlaufen, als wenn nichts geschehen wäre. Viele Menschen werden angesichts dieser Provokation mit Wut und Erbitterung an die staatlich angeordnete Trauer nach dem Schleyer-Attentat zurückdenken, wo selbst Krimis aus dem Fernsehprogramm abgesetzt wurden. Aber damals war es eben ein Unternehmer-Präsident, der aus dem Leben geschieden war. Jetzt sind es „nur“ einfache Werktätige, die von der Nazi-Bombe zerfetzt und verstümmelt wurden.

Jetzt hält es nicht einmal der DGB für nötig, in den Betrieben zu einer Gedenkminute für die Opfer des faschistischen Terrors aufzurufen. (Die italienischen Gewerkschaften hatten auf das Massaker von Bologna mit einem Generalstreik geantwortet.) Es ist offensichtlich: Das furchtbare Blutbad von München soll heruntergespielt und möglichst schnell vergessen werden. Das Oktoberfest geht weiter. Strauß, der die Hoffmann-Killer begünstigte, mißbraucht in schier unglaublicher Perversion das Leid der Opfer des faschistischen Anschlages für die Hetze gegen links. In den Münchner Krankenhäusern ringen noch einige der Verstümmelten mit dem Tod. Hoff-

mann und seine Leute aber laufen wieder frei umher. Welch eine Verhöhnung der Opfer!

Aber wir werden weder diese unerträgliche Provokation schlucken noch über dem Blutbad von München zur Tagesordnung übergehen. Die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in diesem Land müssen die Herausforderung des faschistischen Terrors und seiner Hintermänner und Begünstiger annehmen. Im Betrieb und auf der Straße gilt es, jetzt Protestaktionen zu organisieren. Schluß mit dem Nazi-Terror! Das Massaker von München darf sich nicht wiederholen!

Sofortiges Verbot aller faschistischen Organisationen!
Inhaftierung und Bestrafung der Nazi-Terroristen!

Sofortiges Verbot aller faschistischen Organisationen!
Inhaftierung und Bestrafung der Nazi-Terroristen!

Von einer gleichgeschalteten Propagandawelle vorbereitet

USA bereiten Angriff am Golf vor

Artilleriegefechte in den Ölzentren

TEHERAN/BAGDAD.— Immer mehr konzentriert sich die irakische Aggression am Schatt el Arab auf die iranischen Ölzentren um Abadan. Das ist die einzig feststehende Tatsache aus den verschiedensten militärischen Meldungen. Unter diesen Bedingungen sind die Kriegsdrohungen des amerikanischen Imperialismus immer offener geworden.

Einen westlichen Flottenverband zum Einsatz am Persischen Golf forderte US-Präsident Jimmy Carter in der letzten Woche.

Dieser Forderung hat bisher nur Japan zugestimmt, die anderen Staaten, vor allem der Nato, wägen noch ab. Die Bundesrepublik hat sich gegen einen Nato-Einsatz am Golf gewandt, gleichzeitig aber betont, man könne die USA nicht alleine lassen.

Zur selben Zeit hat der jordanische König Hussein eine hektische Tätigkeit entfaltet, um unter den arabischen Staaten eine proirakische Front auf-

Wählt VOLKSFRONT!



WÄHLT VOLKSFRONT! Der „Rote Morgen“ ruft alle Freunde und Genossen, alle Leser dazu auf, am 5. Oktober die VOLKSFRONT zu wählen. Jede Stimme, jede Zweitstimme für die VOLKSFRONT ist eine Absage an den gemeinsamen Bonner Kurs auf Reaktion, Faschismus und Krieg. Denn die Erfahrungen zeigen es immer wieder: Strauß stoppen heißt nicht Schmidt wählen! Nur die Stimmen für die VOLKSFRONT sind im Sinne des antifaschistischen und Friedenskampfes keine verschenkten Stimmen! Jede Stimme für die VOLKSFRONT stärkt diesen Kampf!

Hoesch unterlag vor dem Landesarbeitsgericht Hamm

RGO-Betriebsräte sind wieder eingestellt

Siegreicher Kampf gegen fristlose Entlassung

DORTMUND/HAMM.— Einen großen Erfolg im Kampf gegen Unternehmerwillkür konnte die Revolutionäre Gewerkschafts-Opinion (RGO) erringen: Die fristlose Entlassung der beiden Hoesch-Betriebsräte Norbert Bömer und Hartmut Siemon ist zurückgeschlagen. Beide sind seit dem 25. September wieder eingestellt.

Die Hoesch-Werke AG war zu der Wiedereinstellung gezwungen, weil am 24. September das Landesarbeitsgericht in Hamm die Berufung gegen das Urteil des Dortmunder Arbeitsgerichts endgültig zurückwies. Das Dortmunder Arbeitsgericht hatte die fristlose Entlassung für rechtsunwirksam erklärt.

Die beiden RGO-Betriebsräte auf dem Werk Union der Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke waren vor zweieinhalb Jahren unter spektakulären Umständen gegen den erbitterten Widerstand der IGM-Bonzen in den Betriebsrat gewählt worden. Am 19.2.1980 wurden sie wegen ihres konsequenten Eintretens für die Interessen der Belegschaft im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den brutalen Arbeitsplatzabbau bei

Hoesch fristlos entlassen.

Anlaß für die Entlassung: Die beiden hatten Einzelheiten eines Sozialplans, der hinter verschlossenen Türen verabschiedet werden sollte, rechtzeitig an die Belegschaft mitgeteilt. Sie sollen deshalb ein „Geschäftsgeheimnis“ verraten haben. Als weiterer „Kündigungsgrund“ diente die Behauptung von Hoesch, die beiden Betriebsräte seien für den Inhalt von Flugblättern verantwortlich, die von der RGO am Betrieb verteilt wurden.

Die Betriebsratsmehrheit stimmte der Entlassung zu. Aber sofort bildete sich eine breite Solidaritätsbewegung weit über Hoesch und Dortmund hinaus für die Wiedereinstellung der beiden Kollegen. (Ausführlicher Bericht auf Seite 5)

Strauß und Hoffmann

Strauß am Wochenende in einem Kommentar der „Welt am Sonntag“ zum Massaker von München: „Es war grober Leichtsinns, um nicht zu sagen politische Schönfärberei, sich in Sicherheit zu wiegen. Seit Monaten erhalte ich Andeutungen, daß man vor den Wahlen noch mit einem Anschlag rechnen müsse... Wir haben vor einer solchen Entwicklung jahrelang gewarnt.“



Strauß 1979 im bayrischen Landtag zu Protesten gegen die Hoffmann-Bande: „Machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn Sie gewisse Gruppierungen — Sie haben heute die Wehrsportgruppe Hoffmann genannt — durch ihre ständigen, in der Öffentlichkeit vorgetragenen Darstellungen überhaupt erst der bayrischen Bevölkerung bekannt machen und ihnen damit eine Bedeutung zusprechen, die sie nie hatten, nie haben und in Bayern nie bekommen werden.“



Teheraner Flughafen nach Bombardierung.

Faschistisches Massaker in München

Sie wollen Strauß an die Macht bomben

„Strategie der Spannung“ nach italienischem Vorbild

Am Freitagabend hat sich der bayrische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat, Franz Josef Strauß, zum Ort des grauenvollen Massakers auf dem Oktoberfest fahren lassen. Er stand auf der blutgetränkten Erde, möglicherweise hat er noch die entsetzlich zerrissenen und verstümmelten Opfer des faschistischen Terroranschlages gesehen. „Bild am Sonntag“ veröffentlichte ein Foto, daß den Kandidaten neben einem Polizisten auf dem Festplatz zeigt. Darunter ist zu lesen: „Betroffen und erschüttert über den Terroranschlag: Franz Josef Strauß auf der Wies’n.“

Betroffen? Erschüttert? Wir wissen nicht, was an jenem Freitagabend in diesem Mann vorgegangen ist. Was wir aber wissen ist dies: Schon einen Tag später benutzte Strauß die zwölf Todesopfer des Attentats eiskalt als Munition für seinen Wahlkampf. Auf den Leichen der vom faschistischen Terror Hingemordeten eröffnete er eine neue Schlamm Schlacht gegen seine Widersacher in Bonn; eröffnete er einen neuen Angriff auf die in diesem Staat noch verbliebenen demokratischen Rechte.

Man kann es in eben derselben Ausgabe von „Bild am Sonntag“ nachlesen, die ihn auf dem Foto als „erschütterten“ Landesvater abbildete. Strauß läßt sich dort wie folgt aus: „Herr Baum hat schwere Schuld in zweierlei Hinsicht auf sich geladen. Erstens durch die ständige Verunsicherung und Demoralisierung der Sicherheitsdienste, die sich heute ja nicht mehr trauen, im Vorfeld aufzuklären und den potentiellen Täterkreis festzustellen. Zweitens durch die Verharmlosung des Terrorismus. Für mich ist Herr Baum als Innenminister eine Skandalfigur. Er hat zwar keine unmittelbare Verantwortung für dieses Attentat. Er ist aber als Innenminister fehl am Platz.“

Nun könnte ein naiver und unbefangener Zeitgenosse, der nur diese Sätze liest, meinen: Da regt sich der bayrische Ministerpräsident darüber auf, daß der Bonner Innenminister den faschistischen Terror verharmlost, die Tätigkeit der Staatsorgane gegen ihn sabotiert habe. Wer aber die maßlose Kampagne der Strauß-Leute gegen den von ihnen zum „Sicherheitsrisiko“ erklärten Baum in den letzten Wochen verfolgt hat, weiß, daß es gerade umgekehrt ist. Sie hetzten gegen den Innenminister, weil er ihnen zu „liberal“ ist, weil er die provokative Tätigkeit der „Sicherheitsdienste“ (sprich: Geheimdienste) nicht noch von den

letzten gesetzlichen Hemmnissen befreit hat, so wie sie selbst es gerne möchten. Weil er in ihren Augen auf linke „Terroristen“ nur windelweich reagiert, statt mit ihnen aufzuräumen „bis zum Rest dieses Jahrhunderts“, wie es der Führer Strauß zu seinem Programm erklärt hat. Wobei er in den letzten Wochen erneut deutlich gemacht hat, daß er zu diesen „Terroristen“ beispielsweise alle diejenigen zählt, die gegen seine in Goebbels-Manier durchgepeitschten Hetzkundgebungen auftreten.

Als Strauß der „Bild am Sonntag“ das hier angeführte Interview gab, wußte er mit Sicherheit, daß faschistische Terroristen für das Massaker verantwortlich waren. Die gleichen Leute, über die er selbst und sein Innenminister Tandler jahrelang ihre schützende Hand gehalten haben. Dennoch ist seine einzige Reaktion auf das Blutbad ein hemmungsloses Gegeifer gegen den „schlappen Staat“. Dennoch mißbraucht ausgerechnet er, der Faschistenfreund, das furchtbare Leid der Opfer des Naziterrors, um sich einmal mehr als den starken Mann zu präsentieren. Angesichts dieser Straußschen Provokation, die selbst in der Geschichte des Bonner Staates ihresgleichen sucht, fällt es schwer, einfach nur nüchterne Tatsachen wiederzugeben, die das Ausmaß der Straußschen Unterstützung für die faschistischen Terroristen belegen.

„Ich schrecke vor keiner Provokation zurück“

Aber halten wir fest: Die Mörder von München, die sich nach den letzten Erkenntnissen aus der sogenannten Wehrsportgruppe Hoffmann rekrutierten, konnten sich seit einem Jahrzehnt in Bayern ungehindert entfalten. Ungehindert konnten sie sich zusammenrotten, ihre Logistik aufbauen, sich mit Kriegsgeschütz bewaffnen und ihre Mordtaten vorbereiten.

Niemand kann heute im nachhinein behaupten, er habe nicht gewußt, um wen es sich bei dieser mehrere hundert Mann starken Hoffmann-Bande gehandelt habe. Diese Leute haben in aller Offenheit die Hitler-Diktatur zu ihrem Vorbild erklärt, und Hoffmann selbst hat nie ein Hehl aus seinen terroristischen Absichten gemacht. Schon 1975 erklärte er: „Ich schrecke vor einer Provokation nicht zurück, ich kann mich nur jetzt noch nicht auf einen Kampf einlassen.“ Jetzt — mit der Strauß-Kandidatur

im Rücken — fühlte er sich offenbar stark genug. Welchem Ziel die blutige Provokation diene, darüber wird noch zu reden sein.

Mit dem wohlwollenden Stillhalten der bayrischen Landesregierung konnte die „Wehrsportgruppe“ im süddeutschen Raum ein Terrorregiment gegenüber fortschrittlichen Organisationen aufrichten. Die Landesregierung schaute zu, wie Hoffmann seine Leute mit Panzern, Flakkanonen, Gewehren und Handgranaten ausrüstete, schaute zu, als er seine Truppe mit diesem Kriegsgeschütz wiederholt ins Manöver schickte. Sie ließ den braunen Terroristen nach Rhodesien reisen, wo er über die Entscheidung von Soldaten für das damalige rassistische Regime verhandelte.

1977 wird im bayrischen Landtag das Verbot der Hoffmann-Truppe gefordert. Der Innenminister kontert: „Die Gruppe stellt keine Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar.“ Immer nachdrücklicher werden in den kommenden Jahren effektive Maßnahmen gegen die Hoffmann-Terroristen gefordert. Aber immer bleibt über ihnen die schützende Hand der Landesregierung. Noch zu Beginn dieses Jahres lehnt Innenminister Tandler ein Verbot der Bande ausdrücklich ab. Und es ist schließlich der jetzt von Strauß mit Hetztiraden überzogene Baum, der das Verbot der „Wehrsportgruppe“ verfügt. Allerdings macht auch der Bonner Innenminister nur halbe Sache. Er beugt sich mit der Verbotsverfügung dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland (auf die Strauß und seine Leute ja keinen Pfifferling geben). Gleichzeitig aber leugnet er wider besseres Wissen, daß die Bande „terroristische Züge“ habe.

Das bedeutet: Hoffmanns SA-Truppe wird nur nach dem Vereinsrecht für aufgelöst erklärt, nicht aber als terroristische Vereinigung behandelt. Das Ergebnis: Keiner der Faschisten wird hinter Schloß und Riegel gesetzt, alle bleiben auf freiem Fuß — frei für die Planung und Durchführung neuer Mordtaten. Frei für die Organisation des Massakers vom vergangenen Freitag.

Die schützende Hand des F.J. Strauß

Unmittelbar nach dem von Bonn verfügten Verbot der Hoffmann-Bande geht der Strauß-Söldling und Innenminister Tandler schon daran, die Maßstäbe seines Meisters für die Behandlung von sogenannten Extremisten wieder zu rechtzurücken. Es gebe andere Gruppen, die „weitaus gefährlicher“ sind. Auf Befragen nennt er „DKP, KPD et cetera“. Und dieses „et cetera“ ist sehr weitgefaßt. Man kennt die maßlose Haßkampagne gegen den Schriftsteller Engelmann, die bayrische Hatz auf Träger von Anti-Strauß-Plaketten, die brutalen Berufsverbote selbst für Angehörige der SPD. Gegen alle diese „Ratten und

Schmeißfliegen“ tobt sich die Strauß-Mafia aus. Über die Hoffmann-Bande aber hält sie weiter ihre schützende Hand.

Obwohl Hoffmann Polizeibeamten mit gezogener Pistole entgegentritt, bleibt er ebenso wie seine Kumpane weiter in Freiheit. Ein Teil des ursprünglich beschlagnahmten Kriegsgeschützes wird an die Bande zurückgegeben. Es handele sich dabei so die offizielle Begründung — um „Mitbringsel aus dem zweiten Weltkrieg“. Und mit der Eintönigkeit einer Kirchenlitanei wiederholt Tandler auf die wachsenden Proteste: Es gebe keine Erkenntnisse darüber, daß sich die „Wehrsportgruppe“ weiter betätige; es gebe keine Hinweise darauf, daß die Hoffmann-Leute in anderen faschistischen Banden aktiv würden. Hat Tandler bewußt gelogen? Oder haben er und sein Ministerpräsident es tatsächlich nicht für nötig gehalten, ihre „Sicherheitsdienste“ mit der Beobachtung der faschistischen Terroristen zu beauftragen? Oder sollte es gar so sein, daß sich in Bayern diese Dienste „nicht mehr trauen“, im faschistischen „Vorfeld aufzuklären und den potentiellen Täterkreis festzustellen“; sich deshalb nicht trauen, weil ihre höchsten Vorgesetzten für ihre einschlägigen Verbindungen zu faschistischen Massenmördern bekannt sind? Schließlich: Wer einem Türken die Hand schüttelt, wer einen Pinochet öffentlich anpreist, der könnte es natürlich einem untergeordneten Geheimdienstler oder Polizisten übel nachtragen, wenn der mit einem Hoffmann zu unsanft umginge.

Wie dem auch sei. Strauß und Tandler hätten die Möglichkeit gehabt, daß schlimmste Verbrechen in der Nachkriegszeit zu verhindern. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Mörder im Vorfeld auszuschalten. Das haben sie nicht getan. Für das Blutbad von München tragen der Mann, der diesen Staat regieren will und sein Innenminister eine durch nichts abzuwaschende Schuld.

„Strategie der Spannung“

Kommen wir zu dieser Frage, welches Ziel die Terroristen mit ihrem Anschlag verfolgt haben. In der Berichterstattung der Medien fällt jetzt immer wieder das Stichwort „Bologna“. Und tatsächlich ähnelt das Blutbad vom Oktoberfest in Anlage und Durchführung den furchtbaren Anschlägen der italienischen Faschisten. Auch die haben wahllos ihre Bomben in Papierkörbe oder Bahnhofsschließfächer deponiert; nur von dem einen verbrecherischen Ziel besessen: möglichst viele Menschen in die Luft zu jagen oder grausam zu verstümmeln. Das erste dieser italienischen Attentate galt der Besucherhalle einer Bank in Mailand und forderte 16 Menschenleben. In die Durchführung dieses Attentats waren führende Angehörige der Polizei, des Geheimdienstes und der Armee verstrickt. Diese Verschwörer im Staatsapparat sorgten dafür, daß der Anschlag den Linken in die Schuhe



geschoben wurde. Ihr Ziel war es, eine Generalabrechnung mit den fortschrittlichen Kräften des Landes einzuleiten, durch eine Serie von Massakern ein Klima der Angst und Panik in der Bevölkerung zu erzeugen und so die Voraussetzungen zu schaffen, daß im Gefolge eines Militärputsches sich ein „starker Mann“ als Retter von „Ruhe und Ordnung“ aufbauen könnte.

Dieses faschistische Mordkonzept nennen seine Urheber selbst die „Strategie der Spannung“. Und nachdem ihre Versuche gescheitert sind, die Linken für die Anschläge verantwortlich zu machen, bekennen sich die faschistischen Massenmörder — wie Bologna gezeigt hat — offen zu ihren Massakern. Die „Strategie der Spannung“ haben sie damit nicht aufgegeben. Auch die „Grauen Wölfe“ in der Türkei verfolgten mit den Blutbädern, die sie unter der Bevölkerung anrichteten, das erklärte Ziel, einen Militärputsch zu provozieren und dem „starken Mann“ den Boden zu bereiten.

Nichts anderes wollten die Mörder von München. Es ist wahrlich kein Zufall, daß ihr blutiger Anschlag in der Woche vor der Wahl erfolgte. Und vieles spricht dafür, daß sie nach früherem italienischen Vorbild die Mordtat als Werk von „linken Terroristen“ erscheinen lassen wollten. Der nach Polizeiangaben professionell durchgeführte Anschlag hatte für die Urheber nur einen Fehler: Die Bombe ging zu früh hoch. Sie traf auch noch einen der Mörder: ein Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Nur durch diese Panne in der verbrecherischen Planung der Mörder kann es heute niemand wagen — auch ein Strauß oder Tandler nicht — das Massaker irgendwelchen „Linken“ zuzuschreiben. Hätte es diese Panne nicht gegeben — über unser Land wäre eine von Strauß eingeleitete Welle der Terroristen- und Sympathisantenhatz hinweggegangen, die den „Deutschen Herbst weit in den Schatten gestellt hätte. Eine Welle der Hysterie, der Angstmacherei, wie gemacht, um in ihren Schlammfluten einen Strauß ins Bonner Kanzleramt zu spülen.

Den „starken Mann“ an die Macht bringen

Darauf war der grauenvolle Anschlag angelegt. Die Faschisten wollten ihr Idol, Franz Josef Strauß, an die Macht bomben. Und sie wußten sich von ihm ermutigt und bestätigt. Nicht nur dadurch, daß er und sein Innenminister in all den Jahren ihre schützende Hand über die Hoffmann-Terroristen hielten. Der Kandidat hat schon vor langer Zeit ein eindeutiges Bekenntnis zu den faschistischen Banden abgelegt: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind — mit Hilfsgruppen darf man nicht zimperlich sein.“ Die Hilfsgruppen ha-

ben dieses Angebot angenommen. Sie haben gesehen, daß sich Strauß in Chile zum Faschismus bekannte, sie haben wohl auch von den engen Verbindungen profitiert, die von der CSU zu den italienischen Faschisten unterhalten werden, über deren Beteiligung am Massaker von München jetzt spekuliert wird.

Wohlgemerkt, hier soll nicht behauptet werden, Strauß habe das Blutbad persönlich in Auftrag gegeben. Das war gar nicht nötig. Die Hilfsgruppen haben auch so verstanden. Sie sind darangegangen, das von Strauß selbst entwickelte Konzept in die Tat umzusetzen, ein Konzept, das bis aufs Haar der oben beschriebenen „Strategie der Spannung“ gleicht. In seiner berühmten Strategierede von Sonthofen führte der CSU-Boß vor seiner Gefolgschaft aus, daß man mit dem Streit über Sachfragen keine Wahlen gewinnen könne. „All das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art.“

Für die Entwicklung dieser Strategie der Angst mußte Strauß nicht einmal auf das italienische Vorbild zurückgreifen. Genauso haben auch die Hitler-Faschisten auf ihrem Weg zur Macht gehandelt. Was ihnen der den Kommunisten in die Schuhe geschobene Reichstagsbrand war, das hätte der Anschlag von München für Strauß werden können. Und obwohl die ungeheure Provokation der Mörder vom Oktoberfest scheiterte, weil einer von ihnen sich selbst mit in die Luft bombte und so die unübersehbare Spur zum Feld des faschistischen Terrorismus legte; trotz dieser Tatsache versucht Strauß gegenwärtig mit hemmungsloser Wut, das Blutbad doch noch für seine Strategie der Spannung und der Angst auszunutzen. Nicht nur dadurch, daß er Baum und die Bonner Koalition für den Massenmord verantwortlich macht. Mit der gleichen verbrecherischen Demagogie, mit der einst Goebbels und Göring die Reichstagsbrandstifter zu Handlangern der Komintern machte, erklärte heute Strauß die faschistischen Bombenleger in unserem Land zu Agenten der DDR. So geschehen in einem Interview, das am Montag in der „Bild“-Zeitung erschien.

Dieser Mann ist zu allem fähig. Er ist zu allem bereit, was ihm und seinen Hintermännern den Weg zur Macht ebnet. Dieser Mann stellt eine tödliche Gefahr für unser Land und für unser Volk dar. Warten wir nicht, bis es wieder zu spät ist. München war ein Alarmsignal. Es gibt für uns nur einen Weg. Den gemeinsamen und einheitlichen Kampf aller Demokraten und Antifaschisten gegen Reaktion und Faschismus.

Stoppt Strauß!
Verhindert ein neues 33!

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

CDU-naher Wahlplakatsfälscher aufgefliegen

Mit kriminellen Methoden gegen die VOLKSFRONT

CDU /CSU, SPD und DKP: Einig im Kampf gegen die VOLKSFRONT

„Lieber die Russen in Heilbronn, als Strauß in Bonn“ — mit diesem Spruch waren in Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg Plakate der CDU/CSU überklebt worden. Unterzeichnet waren die Aufkleber mit „Jungsozialisten in der SPD“ oder mit dem Emblem der VOLKSFRONT. Die

In der Wohnung und im Büro Graus wurden in der letzten Woche 400 solcher Machwerke beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt gegen Grau wegen Beleidigung, Verleumdung und Urkundenfälschung. Der Vorfall zeigt, daß die CDU/CSU und ihr nahestehende Kreise auch vor kriminellen Aktionen nicht zurückschrecken, wenn es um den Kampf gegen demokratische und antifaschistische Parteien wie die VOLKSFRONT geht. — Der Wahlplakatsfälscher Grau war bereits 1974 aufgefallen, als er im CDU-Auftrag Kontakte zur neonazistischen NPD hielt und Verhandlungen zur Finanzierung ihres Wahlkampfes führte. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichtes in Frankfurt darf Grau als „Rechtsradikaler“ und „Freund der NPD“ bezeichnet werden.

Kaum aber war in der letzten Woche der rechtsradikale Fälscher aufgefliegen, traten, den Vorfall ausnützend, andere ebenfalls sattem bekannte Wahlplakatsfälscher auf den Plan. Nicht anders als Grau und seinen Freunden von der Union geht es auch diesen Fälschern um nichts anderes, als der VOLKSFRONT zu schaden, ihren Wahlkampf zu behindern und Verwirrung über den Charakter der VOLKSFRONT zu stiften.

In ihrer Zeitung „Unsere Zeit“ vom 27. September kommentierte die DKP die Wahlkampffälschungen wie folgt: „Zugleich wurde erneut deutlich, daß es allein die Strauß-Parteien sind, die an der Aufwertung der „Volksfront“ mit ihren provokativen Aktivitäten ein Interesse haben. Dies wirft auch erneut die Frage auf, ob die Gelder für die bundesweiten und sehr teuren Plakatklebekampagnen dieser Gruppierung, die weit über die Kraft ihrer verschwindend geringen Mitgliederzahlen gehen, aus den dunklen Kassen von CDU und CSU fließen.“

Die DKP scheut sich nicht, die Lüge des Geschäftsführers der SPD, Bahr, über die angeblich dunklen Finanzierungskanäle der VOLKSFRONT noch einmal aufzuwärmen und weiterzuentwickeln. Sie tut dies, nachdem die VOLKSFRONT auf einer Pressekonferenz durch Offenlegung ihrer Wahlkampffinanzierung die Bahr-Behauptung schlagend widerlegt hat.

Auch die SPD suchte den Vorfall in einschlägiger Weise auszuschlachten. Die SPD-nahe Parlamentarisch-Politische Pressedienst (PPP) meldete am Freitag, im Haus der Grauschen „Studiengesellschaft“ seien auch größere Mengen von Wahlkampfflakaten der VOLKSFRONT gefunden worden. — Mit dieser Meldung versucht die SPD wider besseres Wissen einen Zusammenhang zwischen der VOLKSFRONT und dem rechtsradikalen Grau zu konstruieren. Sie tut damit nichts anderes, als das Werk des

Fälschers mit verändertem Vorzeichen fortzusetzen.

Der SPD wie der DKP fehlen in ihrem schmutzigen Kampf gegen die VOLKSFRONT die Argumente, daher müssen Tricks, Verleumdungen und direkte Angriffe an deren Stelle treten. Bis zum Schluß hat sich an diesem Vorgehen nichts geändert; es hat sich nur verstärkt. Und in diesem Punkt sind SPD und DKP mit den Unionsparteien und den Neonazis völlig solidarisch. Sie zeigen damit auch, was für einen Schreck ihnen die neuangetretene VOLKSFRONT und ihre wirklich antifaschistische, antimilitaristische Politik eingejagt hat und einjagt.

BOTTROP. — Anschaulich zeigt sich in Bottrop die Anti-VOLKSFRONT-Solidarität des ganzen bürgerlichen Parteienspektrums von NPD bis DKP. In Bottrop stehen die VOLKSFRONT-Plakate, sobald sie aufgestellt sind, nicht länger als einen Tag. Während die Schilder der CDU/CSU, der SPD, der NPD und der DKP sich einer langen Lebensdauer erfreuen, liegen die Plakate der VOLKSFRONT mit Aufschriften wie „Stoppt Strauß!“, „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!“ und „Nie wieder Faschismus“ am Morgen zertrümmert am Boden. Täter sind bisher noch nicht ergriffen worden, doch deuten einige Hinweise darauf hin, daß es sich bei den Zerstörern um Parteigänger der DKP handelt. Die DKP, die in Bottrop eine ihrer Hochburgen hat, scheint so zu versuchen, sich einer gefährlichen Wahlkampfkonzurrenz zu entledigen.

WETTER/RUHR. — Wie zuvor schon in Wuppertal überklebte die DKP in Wetter an der Ruhr Stellschilder der VOLKSFRONT mit ihren Plakaten. Die VOLKSFRONT hat Anzeige erstattet.

BIELEFELD. — Durch ein hinterhältiges Manöver suchte die Verwaltung der SPD-Stadt Bielefeld eine für den letzten Sonntag geplante Veranstaltung der VOLKSFRONT zu verhindern. Obwohl die Veranstaltung seit langem vorbereitet wurde und bekannt war, wurde der Veranstaltungsraum zwei Tage vorher von der Stadtverwaltung gesperrt. Es könne nicht gewährleistet werden, hieß es, daß die Veranstaltung ohne Störung abgehe; außerdem würden die Nutzungsbedingungen des Saales die Veranstaltung nicht zulassen.

Die Begründung ist um so fadenscheiniger, als zu früheren Zeitpunkten ähnliche Veranstaltungen immer in dem fraglichen Saal stattgefunden haben. Die Tatsache, daß die seit langem bekannte Veranstaltung

Aufkleber waren Fälschungen. Als Urheber der Fälschungaktion wurde in der letzten Woche ein Karl-Friedrich Grau enttarnt, Geschäftsführer der CDU/CSU-nahen „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit.“

so kurzfristig abgesetzt wurde, zeigt nur, daß es den Stadtvertern auf nichts anderes als die Behinderung des VOLKSFRONT-Wahlkampfes an-

kommt.

Die Veranstaltung jedoch konnte trotz allem in einem anderen Saal durchgeführt werden.

Wählt VOLKSFRONT!

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag in Wahlkreis 19 Aachen-Eifel
8. Oktober 1980

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
eines Wahlkreisabgeordneten
(Erststimme)

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
(Zweitstimme)

1 Ewen, Carl Ritter & O Wahlkreis 1 SPD Wahlkreis 11	2 Schröder, Dietrich Dietrich Schröder CDU Wahlkreis 2 Wahlkreis 11	3 Graetich, Walther Rufmatten Wahlkreis 3 FDP Wahlkreis 11	4 Harms, Johanne Bergmann Wahlkreis 4 DKP Wahlkreis 11	5 de Buhr, Heiko Friedrich Wahlkreis 5 GRÜNE Wahlkreis 11	6	7 Siebels, Günther Siebels Wahlkreis 6 KBW Wahlkreis 11	8	9 Apelt, Anke Lennarz Wahlkreis 7 VOLKSFRONT Wahlkreis 11	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
---	---	---	---	--	---	--	---	--	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----

...Und so wird gewählt.

Jeder Wähler hat zwei Stimmen — eine für den Direktkandidaten, eine für die Landesliste der Partei. Die VOLKSFRONT stellt bundesweit Landeslisten und in 63 von 248 Wahlkreisen auch Direktkandidaten. Wo dies der Fall ist, rufen wir natürlich alle Genossen und Freunde auf, die Erst- und Zweitstimme der VOLKSFRONT zu geben. In den Wahlkreisen, in denen die VOLKSFRONT keine Direktkandidaten stellt, rufen wir unsere Freunde und Mitglieder auf, nur die Zweitstimme, natürlich die der VOLKSFRONT anzukreuzen. Man hat zwar als Wähler zwei Stimmen, der Stimmzettel ist aber auch gültig, wenn man nur eine Stimme abgibt. Wir bitten euch, dies zu beachten und gewissenhaft und sorgfältig die Stimmzettel auszufüllen, damit wir nicht unnötig Stimmen verschenken.

Berufsverbot in Würzburg

Kandidatin der VOLKSFRONT entlassen

Was passiert, wenn der CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten der Machtantritt gelingt, ist in Würzburg jetzt vorgeführt worden. Die Kreisvorsitzende und Bundestagskandidatin der VOLKSFRONT, Monika Heubl, Sozialpädagogin, Leiterin eines Jugendzentrums, ist entlassen worden.

Als Monika Heubl im April 1980 vom Stadtjugendring fest angestellt wurde, war bekannt, daß sie als engagierte Demokratin und Antifaschistin die Vorsitzende des Kreisverbandes der VOLKSFRONT war. Ebenfalls bekannt war ihre Kandidatur auf der Landesliste der VOLKSFRONT.

Im folgenden zeigte sich aber, wie skrupellos die CSU, die die Mehrheit im Stadtrat hat, ihre Macht mißbraucht. Am 12. September wurde auf dem CSU-Stadtparteitag die Hetze eröffnet, wurden angebliche Gefahren für Kinder und Jugendliche in dem Jugendzen-

trum heraufbeschworen. Der bayrische Landesjugendring befahl plötzlich dem Stadtjugendring dringend die Entlassung Monika Heubls während der Probezeit, da so Schwierigkeiten bei der Anwendung des Radikalerlasses vermieden würden. Am Mittwoch, 24. September, wurde Monika ihre bevorstehende Entlassung eröffnet.

Diese Ankündigung wurde aber nicht einfach hingenommen. Am selben Abend wurde die Sache in einer Podiumsdiskussion mit den Kandidaten von CSU, SPD, FDP und Grüne zur Sprache gebracht. Am

Spendet für die

VOLKSFRONT

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

P.K., München	DM 1.500,—
H. u. R.Sch, Bochum	300,—
Zelle Cassella, Frankfurt	290,—
Buchladen Roter Morgen, Hamburg	125,—
R.F., Eckenthal	50,—
W.K., Bremen	100,—
KPD Freiburg	450,—
G.K., Bremen	200,—
Zelle Daimler, Bremen	380,—
R.H., Hamburg	500,—
J.M., Bremen	20,—
S.G., Bremen	100,—
K.R., E.R. u. D.T., Wuppertal	500,—
insgesamt	DM 4.515,—

Stand der Spendenkampagne am 29.9. DM 84.736,77

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Liebe Genossen, die Beschlagnahmeaktionen und die anderen Schikanen gegen die Wahlbeteiligung der VOLKSFRONT haben ein verhältnismäßig großes Loch in die Wahlkampfkasse der VOLKSFRONT gerissen.

Deshalb rufen wir heute noch einmal alle Freunde und Genossen unserer Partei auf: Tun wir unser Teil dazu, daß das Spendenziel der VOLKSFRONT:

400.000,— DM bis zum 12.10.80

erfüllt wird. Das Geld wird dringend benötigt.

Bitte überweisen an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420 - 467, PSchA Dortmund (BLZ 44010046). Bankkonto: 321004547, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199).

Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Polizeiaktion gegen Wahlkampf-Stand

VOLKSFRONT-Flugblätter beschlagnahmt

Am vergangenen Samstag beschlagnahmte die Polizei in Witten — teilweise unter Gewaltanwendung — an einem Wahlkampfstand Flugblätter der VOLKSFRONT.

In dem beschlagnahmten Flugblatt wurde über die gegen die Wahlplakate der VOLKSFRONT gerichteten Beschlagnahmeaktionen berichtet; der Bericht wurde durch Abbildung der Plakate dokumentiert. — Dies nun diene der Polizei, die einen richterlichen Beschluß nicht vorlegen konnte, als Vor-

wand der Beschlagnahme. Dabei beriefen sich die Beamten auf das Dortmund Urteil gegen das Stierplakat. Ihr Vorgehen stellt jedoch nicht nur eine massive Behinderung des Wahlkampfes der VOLKSFRONT dar, sondern auch einen klaren Vorstoß gegen die Pressefreiheit.

drei Tage vor Ablauf ihrer Probezeit. Ihr Arbeitgeber, der Stadtjugendring gab ihr gegenüber offen zu, daß die Kündigung keine sachlichen oder fachlichen Gründe hat, sondern nur auf Druck der CSU und des bayerischen Jugendrings erfolgt.

Freitag gaben auf einer Pressekonferenz die Kollegen von Monika eine Stellungnahme ab, in der sie ihr hervorragende Arbeit bescheinigten und die Weiterbeschäftigung Monika Heubls forderten. Ebenso am Freitag gab der Landesvorstand der VOLKSFRONT eine Presseerklärung heraus, in der er gegen die Entlassung protestierte und darstellte, daß die Entlassung nichts anderes als ein Berufsverbot ist. Am Samstag vormittag wurde dann vom Kreisverband Würzburg der VOLKSFRONT in der Innenstadt ein Flugblatt verteilt, Überschrift: „Die Saat des Kandidaten geht auf, die Sä-

berung beginnt.“ Die Lokalzeitungen brachten Artikel.

Der Stadtjugendring sprach die Kündigung deshalb aus, weil er von der CSU vor die Entscheidung gestellt wurde: entweder Kündigung oder keine Zuschüsse der Stadt mehr. Monikas Kündigung ist praktisch ein Berufsverbot ohne die Möglichkeit, sich dagegen rechtlich zu wehren; während der Probezeit braucht die Kündigung nicht begründet zu werden.

Aber die Kollegen von Monika und die VOLKSFRONT nehmen die Kündigung nicht einfach so hin, sondern werden sich jetzt für ihre Wiedereinstellung einsetzen.

Ende des Reichsbahnerstreiks

Verraten und verkauft!

Zu Terror und Hetze der Revisionisten kam der Verrat der DGB-Bonzen

WESTBERLIN.— Nach neuntägiger Dauer ging der Streik der Westberliner Reichsbahner am Donnerstagabend (25.9.) zu Ende. Die Kollegen sahen sich gezwungen, den Kampf abzubrechen, ohne daß ihre berechtigten Forderungen auch nur teilweise durchgesetzt waren. Dies war nicht allein das Ergebnis des brutalen Vorgehens von Reichsbahnpolizei und Westberliner SEW-Revisionisten. Auch Ernst Haar und Konsorten, die Bonzen der DGB-Gewerkschaft GdED, trugen ihr Teil zu der Niederlage bei.

Am Donnerstagabend fand die letzte Streikversammlung statt. Das inzwischen neu gebildete Streikkomitee, das nun offensichtlich unter der Regie der zum DGB gehörenden Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) stand, erklärte den Streik für beendet, ohne darüber eine Abstimmung zuzulassen. Gleichzeitig forderte das Streikkomitee die Kollegen auf, bei der Reichsbahn zu kündigen, sich beim zuständigen Westberliner Arbeitsamt zu melden und der GdED beizutreten. An dieser Streikversammlung nahmen rund 300 Reichsbahner teil.

Bei den Arbeitsämtern in Westberlin hatten sich bis zum Freitagmittag insgesamt ca. 230 Reichsbahner arbeitslos gemeldet. 137 Streikende waren im Verlauf des Streiks durch die DDR-Reichsbahnleitung fristlos entlassen worden. Etwa 60 bislang im DDR-Gewerkschaftsbund FDGB organisierte Westberliner Reichsbahner sind nach Angaben der GdED seit Beginn des Streiks zur bundesdeutschen Eisenbahngewerkschaft übergetreten. Viele Streikende stellten die Frage, was ein Eintritt in die GdED eigentlich soll, wenn man doch damit zu rechnen habe, bei der Bundesbahn keine Stellen zu bekommen.

Die Forderungen

Zur Vorgeschichte des Streiks gehört die Entlassung von rund 100 Westberliner Reichsbahnern durch ihren angeblich „sozialistischen“ Arbeitgeber im Frühjahr dieses Jahres aus Rationalisierungsgründen. Auf der anderen Seite mußten die Kollegen in letzter Zeit unverhältnismäßig viele Überstunden machen, was in Verbindung mit dem Schichtdienst zu unerträg-

lichen Zuständen in der Familie führt und außerdem natürlich auch zu gesundheitlichen Schäden.

Auslösend für den Streik wirkte eine Lohnerhöhung von nur 4 Prozent, die nicht im geringsten die Steigerung der Lebenshaltungskosten in Westber-



Die Westberliner RGO organisierte in Betrieben und auf der Straße die Solidarität mit den streikenden Kollegen.

lin ausgleicht. Ein Zugführer der Reichsbahn verdient im übrigen nur ca. 1700 Mark netto, das sind 300 Mark weniger als er bei der Bundesbahn verdienen würde.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR, in dem die meisten Kollegen organisiert waren (500 der über 3000 Reichsbahner waren bereits vor dem Streik in der GdED organisiert, obgleich die GdED keine Möglichkeit hat, mit der Reichsbahn Tarifverträge abzuschließen), hat in keiner Weise die Interessen der Westberliner Reichsbahner vertreten.

Die Streikenden wählten deshalb ein unabhängiges Streikkomitee, das den Streik organisieren und die Verhandlungen führen sollte. Die Forderungen lauteten:

1. Einstellung der fristlos entlassenen Kollegen und keine weiteren Entlassungen und Repressalien in Form von Disziplinarmaßnahmen.
2. Angleichung an die Besoldung bei der Deutschen Bundesbahn im Rahmen eines künftigen Tarifvertrages.
3. Verbesserung der sozialen Leistungen (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, vier Tage mehr Urlaub, freie Arztwahl usw.).
4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Überstundenabbau.

Sozialfaschistischer Terror

Der Streik begann am 16. September. Der Containerbahnhof Heidestraße wurde mit Containern blockiert und zum Ort des Streiklokals gemacht. Nach und nach besetzten die Kollegen mehrere Stellwerke, die sie ebenfalls verbarrikadierten. Ein zwanzigköpfiges Streikkomitee wurde gebildet, das Kollegen aus den meisten Dienststellen umfaßte. Im Laufe der Woche wuchs die Zahl der aktiv Streikenden auf ungefähr 800 an. Passiv unterstützen etwa 1000 Kollegen den Streik. Sie blieben auf ihrer Dienststelle, arbeiteten jedoch wenig oder gar nicht.

Fünf Tage lang bemühte sich das Streikkomitee um Verhandlungen mit der Reichsbahnleitung. Diese jedoch lehnte strikt ab. Dann begannen die DDR-Behörden und die revisionistischen Medien der DDR, sowie die Zeitungen der DKP/SEW-Revisionisten (SEW: Sozialistische Einheits-



Der Containerbahnhof wurde von den streikenden Reichsbahnern mit Containern verbarrikadiert und zur Streikzentrale umfunktioniert.

partei Westberlin), die „UZ“ und die „Wahrheit“, eine wilde Hetz- und Verleumdungskampagne. Die streikenden Arbeiter wurden als Provokateure, Terroristen, Verbrecher usw. beschimpft, denen das Handwerk gelegt werden müsse.

Der Streik wurde als das Werk westlicher Geheimdienste verleumdet, als „verbrecherischer Angriff“ und „schwere Sabotage“. Sein Ziel sei es, die Entspannung zu verhindern und den kalten Krieg zu schüren. Zynisch schrieb die angebliche Arbeiterzeitung der DKP-Führung „UZ“ nach dem Ende des Streiks: Leider habe sich mancher „Märchen erzählen lassen, von edlen Reichsbahnern, die um Lohn und Brot kämpfen...“

Aber die vorgeblichen „Kommunisten“ begnügten sich nicht mit Hetze. Sie gingen auch mit brutalen Gewaltaktionen, mit sozialfaschistischem Terror gegen die streikenden Reichsbahner vor. Mit Äxten und Hunden drangen sie in die von streikenden Arbeitern besetzten Stellwerke ein. Und zwar handelte es sich um Reichsbahnpolizei, die aus Westberlinern zusammengesetzt ist, unterstützt von SEW-Revisionisten aus Westberlin. Auch der SEW-Vorsitzende eines Westberliner Bezirks war mit von der Partie.

Krokodilstränen

Aus der bürgerlichen Presse des Westens tropften Krokodilstränen. Die „Bild“-Zeitung natürlich an erster Stelle. Sie benutzte die Ereignisse wieder einmal, um den Kommunismus in Verruf zu bringen. Wo aber war

ihre angebliche Solidarität mit den Arbeitern beispielsweise beim Streik der Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr? Oder beim Druckerstreik in Westberlin? Da waren die Rollen vertauscht. Wilde Hetze im Westen, Krokodilstränen im Osten.

Die geheuchelte Solidarität der Regierenden und der DGB-Führung im Westen hat den Reichsbahnern nichts gebracht. Taten folgten keine. Die Westberliner DGB-Bonzen erklärten, eine finanzielle Unterstützung durch den DGB widerspreche den Satzungen. GdED-Vorsitzender Ernst Haar rief die Streikenden auf, den Streik abzubrechen. Er setzte seine Gefolgsleute in Bewegung, um ein neues Streikkomitee zu schaffen, das den Streik schließlich abwürgte.

Die ganze Verlogenheit der „Solidarität“ aus Kreisen der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Handlanger zeigte sich in der Erklärung der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn im Zusammenhang mit der Frage, ob man entlassene bzw. solche Reichsbahner, die ihren Dienst quittierten, bei der Bundesbahn einstellen werde. Da hieß es: Für die bisherigen Reichsbahner gelten die „bekannten Bestimmungen“ über die Verfassungstreue. Auch bei Bewerbungen ehemaliger Mitglieder der SEW oder des FDGB sei das „geltende Recht“ maßgebend. Demnach müsse ein Beamter die Gewähr dafür bieten, „jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten.“

Während des Streiks sind übrigens von jenen Mitgliedern des Reichsbahn-Personals, die der SEW angehörten, viele aus

dieser schein kommunistischen Partei ausgetreten.

Wahre Solidarität

Wirkliche Solidarität bewies die Westberliner Bevölkerung. Es wurden mehrere zehntausend Mark gesammelt. Unsere Partei, die KPD (Sektion Westberlin), überreichte dem Streikkomitee während des Streiks eine Spende von 1000 Mark. Die RGO sammelte in der Stadt und in den Betrieben weit über 1000 Mark, die ebenfalls dem Streikkomitee überreicht wurden. Allein ein Kollege von Solex hat 180 Mark im Betrieb gesammelt.

Die RGO brachte ein Flugblatt in deutscher und türkischer Sprache heraus, das zur Solidarität mit den streikenden Reichsbahnern aufrief und ihre Forderungen erklärte. Insgesamt fand der Streik bei den Werktätigen Westberlins eine große Sympathie.

Bezeichnend ist andererseits, daß das unter der Regie der GdED-Führung neugebildete Streikkomitee es ablehnte, Spendengelder anzunehmen, die die RGO gesammelt hatte und überreichen wollte. Dieses Streikkomitee, in dem offenkundig GdED-Funktionäre den Ton angaben, wiegelte auf der eingangs erwähnten letzten Streikversammlung massiv ab. Und obwohl ursprünglich eine Abstimmung über die Fortführung des Streiks angekündigt war, ließ die Streikleitung diese Abstimmung dann nicht zu. Auf die empörte Kritik einiger Kollegen entgegnete die Streikleitung, man könne schließlich nicht über alles abstimmen lassen.

13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IGM

Verräter am Stahlarbeiterstreik behaupteten ihre Stellung

Keine konsequente Opposition gegen Loderer und Co.

WESTBERLIN.— Es gab vereinzelt scharfe Kritik an dem Sozialpartnerschaftskurs der Loderer und Konsorten. Von einer konsequent auftretenden Opposition auf dem Gewerkschaftstag kann jedoch keine Rede sein. Ein ernsthafter Versuch, die „Verräter von Mülheim“ zur Rechenschaft zu ziehen, die den Stahlarbeitern in ihrem Kampf für die 35-Stunden-Woche in den Rücken gefallen sind, fand nicht statt.

Der gesamte Hauptvorstand wurde in seiner bisherigen Besetzung wiedergewählt. Eugen Loderer und Hans Mayr, die die Position des ersten und zweiten Vorsitzenden der IG Metall einnehmen, erhielten sogar einen etwas höheren Stimmenanteil, als auf dem letzten Gewerkschaftstag. Loderer bekam 87,7 Prozent der Delegiertenstimmen. Gegen ihn stimmten nur 33 von 552 Delegierten. Mayr lag mit 44 Gegenstimmen ebenfalls noch besser als vor drei Jahren. Bei Loderer wie bei Mayr enthielten sich jeweils 24 Delegierten der Stimme.

Auch in der gewerkschaftspolitischen Debatte fand eine

Abrechnung mit den Vorstandsbonzen und ihrem Verhalten beim Arbeitskampf in der Stahlindustrie und bei anderen Anlässen nicht statt. Trotz einiger scharfer Attacken, die Loderer und Konsorten von linken Kritikern einstecken mußten, bestätigte dieser Gewerkschaftstag im wesentlichen den arbeiterfeindlichen Sozialpartnerschaftskurs und die bestehenden Machtverhältnisse im Gewerkschaftsapparat der IG Metall.

Immer wieder in den letzten Jahren war es nach Tarifrunden an der Mitgliederbasis zu schweren Unmutsäußerungen der Mitgliedermassen über die

Zusammenarbeit der Bonzen mit dem Kapital gekommen. Aktive Gewerkschafter, vor allem Vertrauensleute, griffen zunehmend scharfer und umfassender die sozialpartnerschaftlichen Positionen des IGM-Vorstands an. Am konsequentesten geschah dies nach dem Stahlarbeiterstreik, als die Vertrauensleutkörper der wichtigsten Hüttenwerke an Rhein und Ruhr aus Protest gegen den Verrat der Loderer, Janßen, Herb usw. Resolutionen verabschiedeten, in denen personelle Konsequenzen und die Beseitigung der diktatorischen Vollmachten des Hauptvorstandes zugunsten einer De-

mokratisierung der Organisation gefordert wurden.

Davon hatten sich lediglich die Forderungen nach Demokratisierung, nach Einschränkung der Allmacht des Hauptvorstandes in den Anträgen zum Gewerkschaftstag niedergeschlagen und zwar auch nur in kompromißloser oder abgeschwächter Form (vgl. RM Nr. 36 auf Seite 4). Aber schon in den Netzen der Antragsprüfungskommission bzw. der Satzungscommission blieb das meiste davon wieder hängen. Übrig blieben einige völlig unzureichende Überreste dieser Forderungen, die den Delegierten dann zur Abstimmung vorlagen.

So zum Beispiel der Antrag 909, in dem gefordert wird, daß der Vorstand der IG Metall ein vorliegendes regionales Tarifergebnis erst dann in der Öffentlichkeit und gegenüber den Unternehmerverbänden zum annehmbaren Ergebnis für andere Tarifbezirke erklären kann, wenn er die Beschlußfassung der jeweiligen regionalen Tarifkommission zuvor eingeholt hat.

Aber selbst dieser Antrag, der meilenweit davon entfernt

ist, das Diktat des Vorstands zugunsten einer demokratischen Willensbildung zu durchbrechen, wurde mit 304 gegen 247 Stimmen vom Tisch gekehrt.

Sicherlich gab es auf diesem Gewerkschaftstag mehr Stimmen als auf früheren Kongressen der IG Metall, die sich gegen den Kurs von Loderer und Konsorten wandten. Aber eine wirklich radikale Auseinandersetzung mit dem Sozialpartnerschaftsbetrug und dem Verrat der Bonzen an der Sache der Arbeiterklasse wagte kein einziger Delegierter. Der arbeiterfeindliche Charakter einer an den Profitinteressen der Unternehmer und der Stabilisierung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft orientierten Politik wurde verkleistert, die unüberbrückbare Kluft zwischen den Mitgliedermassen und den Bonzen vertuscht.

Ein Delegierter aus Solingen erklärte, künftig könnten Lohnerhöhungen nur noch durch Streik durchgesetzt werden, weil die sozialen Auseinandersetzungen immer härter und zugespitzter verlaufen würden. Darauf müsse sich die IG Metall organisatorisch einstel-

len.

Richtig! Aber glaubt der Kollege aus Solingen denn im Ernst, mit einem Loderer und Janßen an der Spitze der IG Metall sei dies zu bewerkstelligen? Solange auf Gewerkschaftstagen der Verrat der Bonzen verkleistert und beschönigt, solange die Kritik der Basis, ihre Forderungen nach gewerkschaftspolitischen und personellen Konsequenzen vom Tisch gewischt werden, kann die IG Metall ihrer Aufgabe als Kampforganisation der Arbeiterklasse auf keinen Fall gerecht werden.

In der Resolution des Vertrauensleutkörpers von Thyssen-Hamborn nach dem Stahlarbeiterstreik hieß es: „Da wir uns auch in Zukunft gegen die Unternehmerwillkür wehren müssen, ist es notwendig, zu unterbinden, daß der Wille von kampfbereiten Kollegen noch einmal so hintergangen werden kann, wie wir es jetzt erleben mußten.“ Der Verlauf des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall hat verdeutlicht, daß nur durch den weiteren Aufbau der RGO ein Durchbruch in dieser Richtung erkämpft werden kann.

Großartiger Erfolg der Solidaritätsbewegung

RGO-Betriebsräte von Hoesch wiedereingestellt!

Landesarbeitsgericht weist „Entlassungsgründe“ der Bosse zurück

DORTMUND/HAMM. — Große Freude bei den Stahlkochern von Hoesch/Union und bei vielen fortschrittlichen und revolutionären Gewerkschaftern in Dortmund und weit darüber hinaus: Die Solidarität hat sich bezahlt gemacht. Der Angriff der Hoesch-Bosse und ihrer Lakaien auf elementare Arbeiterrechte ist zurückgeschlagen. Seit dem 25. September sind die beiden fristlos entlassenen RGO-Betriebsräte wieder eingestellt und können ihrer Tätigkeit als Belegschaftsvertreter nachgehen!

Einen Tag vorher, am 24. September, fand in Hamm vor dem Landesarbeitsgericht (3. Kammer) die Berufungsverhandlung über die Kündigungsschutzklage von Norbert Bömer und Harmut Siemon statt, den beiden gefeuerten Betriebsräten. Das Urteil: Die von der Hoesch-Werke AG gegen das erstinstanzliche Urteil des Dortmunder Arbeitsgerichtes eingelegte Berufung, das die Entlassung für rechtsunwirksam erklärte, wird zurückgewiesen. Auch ein Revisionsantrag vor dem Bundesarbeitsgericht wird nicht zugelassen. Die Kosten des Verfahrens muß die Beklagte (d.h. die Hoesch-Werke AG) tragen.

Das ist ein voller Sieg! Selbst diejenigen Kollegen und Genossen, die im Hinblick auf die Zurückweisung der Berufung am meisten optimistisch waren, hatten befürchtet, daß das Gericht die Möglichkeit eines Revisionsantrages für die Hoesch-Bosse beim Bundesarbeitsgericht offenlassen würde.

Wäre dies eingetroffen, dann hätten die Hoesch-Bosse einen juristischen Ansatzpunkt gehabt, um die beiden Betriebsräte trotz abgewiesener Berufung vielleicht erneut aus dem Hüttenwerk auszusperrten. Jetzt aber waren sie zur sofortigen Wiedereinstellung gezwungen, auch wenn ihnen als letzte Möglichkeit noch bleibt, gegen die Nichtzulassung der Revision beim Bundesarbeitsgericht Beschwerde einzulegen. Die Chance, mit dieser letzten Möglichkeit die Wiedereinstellung nachträglich noch einmal umzustossen, gilt als äußerst gering. Man darf getrost davon ausgehen, daß an der Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte nicht mehr zu rütteln ist.

Die Vorgeschichte

Rekapitulieren wir noch einmal kurz: Wie kam es zu der fristlosen Entlassung und wie konnte die Wiedereinstellung erkämpft werden?

Vor gut sieben Monaten, am 19. Februar dieses Jahres, wurde auf Antrag des Betriebsrates von der Hoesch-Werke AG die fristlose Kündigung ausgesprochen. Einstimmig stimmten die übrigen Union-Betriebsräte, d.h. also, auch alle in der IG Metall organisierten Betriebsratsmitglieder, der Maßregelung zu. Gleichzeitig verbreitete die regionale und überregionale Tagespresse massiv das von den IG-Metall-Bonzen und vom Werksvorstand erfundene Märchen, die fristlose Entlassung sei von den Arbeitern selbst gefordert worden.

Nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) genießen Betriebsratsmitglieder bekanntlich einen besonderen Kündigungsschutz und können nur fristlos, und damit nur „aus wichtigem Grund“ gekündigt werden. Das bedeutet: Besonders schwerwiegende Umstände müssen vorliegen, Umstände, die aus der

Sicht des Unternehmers die Weiterbeschäftigung des betreffenden Betriebsratsmitgliedes „unzumutbar“ machen. Hoesch versuchte vor dem Arbeitsgericht diese Kündigungsvoraussetzungen mit folgenden Behauptungen zu reklamieren:

1. Die beiden Betriebsräte haben die Belegschaft über Einzelheiten des Sozialplanes informiert, über den noch zwischen dem Werksvorstand und den Betriebsratsspitzen verhandelt wurde. Damit haben sie angeblich ein „Geschäftsgeheimnis“ preisgegeben.

2. Siemon und Bömer hätten desweiteren die Werksleitung beleidigt. Es bestünde der dringende Verdacht, daß von der RGO herausgegebene Flugblätter, in denen Beleidigungen enthalten seien, von den beiden Betriebsräten verfaßt und geschrieben oder wenigstens doch „inspiriert“ worden seien.

3. Nach den Bestimmungen des BetrVG liege ferner eine sogenannte „Druckkündigung“ vor, weil es auf den Hüttenwerken zu Arbeitsniederlegungen für die Forderung nach fristloser Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte gekommen sei.

4. Die RGO sei eine verfassungsfeindliche Organisation, da sie eine „Untergliederung der KPD/ML“ sei und in ihrem Statut „unverhüllt zum Klassenkampf“ auffordere. Auch nach dem Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung von 1978 gehöre die RGO zu den verfassungsfeindlichen Organisationen.

In Wahrheit wurden die beiden RGO-Betriebsräte schlicht und einfach deshalb gefeuert, weil sie, statt die Mauseleien der Betriebsratsspitze mit den Hoesch-Kapitalisten zu billigen, konsequent für die Interessen der Kollegen eintraten und vor allem den Widerstand gegen die zu diesem Zeitpunkt einsetzende massive Arbeitsplatzvernichtung und den Rationalisierungsterror unterstützten.

Zum Zeitpunkt der Maßregelung hatte der Werksvorstand nämlich begonnen, ein sogenanntes Kostensenkungsprogramm durchzusetzen, das offiziell den Abbau von 4 200 Arbeitsplätzen bei den Dortmunder Hoesch-Werken vorsah. In Wirklichkeit ist — wie inzwischen deutlich wurde — eine noch umfassendere Arbeitsplatzvernichtung geplant.

Was die angeblichen Arbeitsniederlegungen für die Entlassung der beiden Betriebsräte betrifft, so handelte es sich in Wahrheit um Protestversammlungen, mit denen die Kollegen darauf reagierten, daß die Hoesch-Bosse unter dem Vorwand des „Geheimnisverrats“ seitens der beiden RGO-Betriebsräte die Verhandlungen über den Sozialplan abgebrochen hatten.

Die Solidarität

Eine von den Bossen und Bon-

zen mit Unterstützung der Presse gestartete ungeheuerliche Lügen- und Hetzkampagne führte anfangs zwar zu Verunsicherung und Einschüchterung unter den Hoesch-Arbeitern. Aber die RGO und auch andere fortschrittliche Gewerkschafter sowie unsere Partei nahmen sofort entschlossen den Kampf für die Wiedereinstellung auf.

Als erste einer Reihe bekannter Persönlichkeiten solidarisierte sich der Dortmunder Schriftsteller Max von der Grün mit den Entlassenen. Er unterzeichnete sofort den Aufruf eines schnell gegründeten Solidaritätskomitees. Es wurden mehrere kämpferische Solidaritätsveranstaltungen organisiert. An einer dieser Veranstaltungen nahmen rund 500 Menschen teil, zu einem Großteil aktive Gewerkschafter.

Viele fortschrittliche Gewerkschafter bis hin zu mittleren Funktionären und viele Betriebsräte aus nahezu allen DGB-Gewerkschaften brachten ihre Solidarität zum Ausdruck, teilweise auch ihre Empörung über das schändliche Verhalten der IGM-organisierten Betriebsratsmehrheit. Insgesamt wurden 2 000 Unterschriften gesammelt. Dutzende von Solidaritätserklärungen aus vielen Betrieben gingen ein.

Nicht zuletzt aber wuchs bei den Hoesch-Arbeitern die Empörung über die Maßregelung der beiden Betriebsräte. Kein Wunder! Der Verlauf der Rationalisierungskampagne, die immer neuen Hiobsbotschaften über das Ausmaß der Arbeitsplatzvernichtung, zeigten nur allzu deutlich, wo die wahren Motive für den Rausschmiß der RGO-Kollegen zu suchen waren.

Auf dieser Grundlage konnte auch die juristische Auseinandersetzung vor dem Arbeitsgericht erfolgreich geführt werden. Eine einstweilige Verfügung, die später allerdings vom Landesarbeitsgericht wieder rückgängig gemacht wurde,



Jubel nach der Urteilsverkündung. Sieben Monate nach der fristlosen Entlassung ist die Hoesch-Werke AG gezwungen, die beiden RGO-Betriebsräte wieder einzustellen. Unser Foto wurde vor dem Gebäude des Landesarbeitsgerichtes in Hamm aufgenommen.

verschaffte den entlassenen Betriebsräten für einige Wochen die Möglichkeit, auf der Hütte weiter ihre Betriebsratsarbeit auszuüben. Die Kündigungsschutzprozesse wurden in erster Instanz vor dem Dortmunder Arbeitsgericht gewonnen. Und jetzt der entscheidende Erfolg vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm!

Es geht nicht allein gegen die RGO!

Zweifelos bildete die breite Solidaritätsbewegung den entscheidenden Faktor für die Wiedereinstellung und auch die Basis für den erfolgreich geführten Kampf auf der juristischen Ebene. Daß diese Bewegung auf so breiter Grundlage entfaltet werden konnte, ist nicht zuletzt der Tatsache zu danken, daß es gelungen ist, folgendes deutlich zu machen: Diese Maßregelung kann keineswegs isoliert als Schlag gegen die RGO gesehen werden. Hoesch spielt hier den Vorreiter beim Abbau elementarer Arbeiterrechte und der gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit im Betrieb. In einem Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch heißt es in diesem Zusammenhang:

„Nicht umsonst führt inzwischen der Arbeitgeberverband mit seinem Anwalt die Regie in den Verhandlungen. Immer neue Kündigungsgründe werden konstruiert und sie werden immer politischer. Jetzt behaupten sie schon, daß Betriebsräte, die das Verbot der Aussperrung fordern, die sich für die Abschaffung der reaktionären arbeiterfeindlichen Bestimmungen im Betriebsver-

fassungsgesetz einsetzen, wie z.B. der Schweigepflicht, Friedenspflicht oder des sogenannten Treueverhältnisses dem Unternehmer gegenüber, daß solche Leute im Grunde schon Verfassungsfeinde seien und darum die Schutzbestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes nicht beanspruchen könnten, also auch gar kein Betriebsratsamt ausüben dürften. Ein solches Urteil würde sich auch gegen jeden anderen Gewerkschafter und Betriebsrat richten!“

Die Urteilsbegründung

Was nun die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der RGO angeht, so blockte das Gericht in Hamm diesen Punkt sofort mit der Feststellung ab: dies sei eine Frage, für die das Bundesverfassungsgericht zuständig sei. Zu den anderen von Hoesch vorgebrachten Kündigungsgründen äußerte sich das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung sinngemäß folgendermaßen:

• Es bestünden große Bedenken, daß das angebliche Geschäftsgeheimnis (ein Passus aus dem Sozialplanentwurf) „materiell“ (d.h. inhaltlich und unabhängig von einer formellen Kennzeichnung als Geschäftsgeheimnis) ein Geschäftsgeheimnis gewesen sei. Aber selbst wenn diese Bedenken nicht bestünden, wäre noch kein Kündigungsgrund gegeben sondern eine „Amtspflichtverletzung“, die zwar theoretisch zu einer Amtsenthebung der Kläger aus dem Betriebsrat, nicht jedoch zu ihrer Entlassung führen könne.

• Was die Beleidigungen be-

trifft, so seien zwar tatsächlich Beleidigungen in den Flugblättern (wenn auch nicht in allen von Hoesch reklamierten Fällen) enthalten, jedoch sei es Hoesch nicht gelungen, den Beweis dafür anzutreten, daß die Kläger diese Flugblätter verfaßt bzw. verteilt hätten. Eine RGO-Schnellinformation, die Norbert Bömer nachweislich im Betrieb verteilt habe, enthalte jedoch keine Beleidigung. Aber selbst wenn der Vorwurf der Beleidigung zutreffen würde, so würde auch dies nicht ausreichen für eine „Kündigung aus wichtigem Grund“.

• Und schließlich zur Frage der „Druckkündigung“: Von einer solchen könne keine Rede sein, da der Grund für die Arbeitsniederlegungen nicht in der Forderung nach Entlassung der Betriebsräte lag, sondern darin, daß der Werksvorstand die Verhandlungen über den Sozialplan unterbrochen hatte. Im übrigen sei es bei einer Druckkündigung gemeinhin so, daß sich die Geschäftsleitung gegenüber der Belegschaft „schützend vor den betroffenen Beschäftigten“ stelle und die Kündigung nur dann ausspreche, wenn sie den „Betriebsfrieden“ anders nicht wiederherstellen könne.

Abschließend sei festgestellt: Dieses positive Urteil des Hammer Landesarbeitsgerichtes war auch deshalb möglich, weil es den Kollegen Siemon und Bömer und ihrem Rechtsanwalt Rainer Ahues gelungen ist, die Behauptungen und Vorwürfe der Hoesch-Bosse in jeder Beziehung auseinanderzupflücken, zu widerlegen und den wirklichen Kern der Maßregelung, ihre extrem arbeiterfeindliche Stoßrichtung, glasklar zu enthüllen.

Gesundheitszerstörer am Arbeitsplatz

Lärm!



Aus Bochum wurde uns eine sehr interessante Broschüre zugeschickt mit der Bitte, sie unseren Lesern vorzustellen. Thema: „Lärm — Informationen zur Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz“. Erarbeitet wurde die Broschüre von fortschrittlichen Juristinnen und Juristen in Zusammenarbeit mit oppositionellen Gewerkschaftern aus der IG Metall. Die Broschüre befaßt sich gründlich und konkret von einem konsequent gewerkschaftlichen Standpunkt aus mit den gesundheits-schädlichen Auswirkungen des Lärms am Arbeitsplatz, mit der Wirkungsweise des Lärms, mit technischen Möglichkeiten der Lärmbekämpfung und mit den juristischen und betriebsverfassungsrechtlichen Problemen, Hindernissen aber auch Chancen zur Durchsetzung von entsprechenden Verbesserungen. Kurz und gut: sie enthält auf 70 Seiten eine Fülle an wertvollen Informationen, Hinweisen und Kenntnissen, die für den dringend erforderlichen Kampf gegen den Lärm am Arbeitsplatz notwendig sind. Gewerkschafter, insbesondere auch Betriebsräte, tun gut daran, sich diese Broschüre zu erwerben.

Bestellungen sind zu richten an:

Michael Dornieden, Schmechtingstr. 38, 4630 Bochum 1
Preis pro Broschüre: 2,50 DM zuzüglich Porto und Verpackung; die Porto- und Verpackungskosten betragen: für 1 Exemplar: 0,70 DM; 2 und 3 Ex.: 1,00 DM; 4 bis 6 Ex.: 2,00 DM; ab 7 Ex.: 3,00 DM. Überweisungen auf: Post-scheckkonto Essen Nr. 77673 — 437 (Michael Dornieden, Sonderkonto, Bochum)

„Die Schaffung der Front des Volkes ist dringlicher denn je“

Interview mit Eike Hemmer, dem Vorsitzenden der VOLKSFRONT

RM: Die VOLKSFRONT ist in diesem Wahlkampf zu einem Faktor geworden, den auch ihre Gegner nicht übersehen konnten. Und die haben ja durchweg sehr böse reagiert — ich denke dabei etwa an die Straußkampagne von Bahr und Brandt. Nun ist aber die VOLKSFRONT nicht nur durch ihre unzähligen Wahlplakate überall sichtbar. Sie macht — im Gegensatz zu manch anderer Partei — auch eine breite Informationsarbeit. Also Wahlkampf mit Argumenten, beispielsweise durch Infostände, Veranstaltungen usw. Von der VOLKSFRONT gehen aber auch Initiativen für Aktionen aus, gegen die Kriegsgefahr etwa oder gegen Wahlauftritte von Strauß. Wie schafft ihr das alles?

E.H.: Das wichtigste dabei ist zunächst einmal, daß der Gedanke der VOLKSFRONT selbst für viele Menschen eine naheliegende Sache ist. Ich meine damit den Gedanken des Zusammenschlusses, des gemeinsamen Handelns angesichts einer Entwicklung, die zunehmend als bedrohlich erkannt wird. Stichworte dafür sind etwa die politische Unterdrückung oder die wachsende Kriegsgefahr. Und gerade den Arbeitern ist ja dieser Gedanke der Einheit nicht fremd, die trotz unterschiedlicher Meinungen immer wieder hergestellt werden muß. Die VOLKSFRONT ist dabei für immer mehr Menschen sichtbar diejenige Kraft, die organisiert daran arbeitet, eine solche Einheit über alle Grenzen von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung hinweg zu schaffen.

Das ist der eine Faktor für die Erfolge in unserer Arbeit. Der zweite — das sind unsere Mitglieder. Die sind ja überzeugt davon, daß es richtig und notwendig ist, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, die Gefahren für unser Land und unser Volk abzuwehren. Ihnen macht es nichts aus, vor der Schicht oder wann immer sie Zeit haben Plakate zu kleben, Stände zu machen usw. Natürlich gibt es solche Bereitschaft, etwas zu tun, auch bei anderen Parteien — gerade vor dem Hintergrund der Strauß-Kandidatur beispielsweise bei vielen einfachen SPD-Mitgliedern. Tatsache ist aber, daß diese Menschen von oben, von der Parteiführung sehr stark gebremst werden. Ein Beispiel dafür ist gegenwärtig gerade Bremen. Strauß hat hier seinen Auftritt, den SPD-Mitgliedern aber ist es verboten, sich an den Protestaktionen dagegen zu beteiligen.

RM: Und du meinst, daß eine solche Politik der SPD-Führung demobilisierend auf die Mitglieder wirkt?

E.H.: In jedem Fall. Denn — wie gesagt — wollen viele einfache Sozialdemokraten gegen die von Strauß ausgehende Gefahr aktiv werden. Aber die Führer ihrer Partei wollen ja gerade das verhindern, was wirklich notwendig ist und wofür wir mit aller Kraft kämpfen: daß sich nämlich eine breite Front gegen den Vorstoß von Strauß und seinen Hintermännern herausbildet.

RM: Die VOLKSFRONT ist ja eine noch junge Organisation,

die jetzt sozusagen ihre Feuerprobe bestehen muß. Wie haben sich denn die großen Anstrengungen, die der Wahlkampf erfordert, wie haben sich die zahllosen Angriffe und Behinderungen dabei auf die Organisation ausgewirkt?

E.H.: Zunächst muß gesagt werden, daß wir durch die Beteiligung am Wahlkampf schon eines unserer Ziele erreicht haben. Es ist heute so, daß die VOLKSFRONT tatsächlich weit bekannt geworden ist. Das war ja vorher nicht der Fall. Da gab es diese Mauer des Schweigens, die von den Medien um uns gezogen wurde. Ich erinnere da nur an den großen Kongreß gegen Reaktion und Faschismus in Dortmund, der ja auch von der VOLKSFRONT nachhaltig unterstützt wurde. Der ist damals praktisch totgeschwiegen worden. Durch unseren Wahlkampf konnten wir jetzt diese Schweigetaktik teilweise durchbrechen.

Auf der anderen Seite war es aber für uns auch sehr schwierig, den massiven Behinderungen zu begegnen. Die ständigen Verbote, Beschlagnahmeverfügungen, das Abräumen der Stellschilder durch die Polizei — all das bedeutet für unsere Mitglieder doppelte und dreifache Arbeit. Und natürlich ist es auch eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung, die da auf uns zugekommen ist. Aber wir sind trotzdem damit fertig geworden. Und ich kann nur sagen: Alle Achtung vor unseren Mitgliedern, die sich so entschlossen und mutig eingesetzt haben.

RM: Der Wahlkampf und gerade auch die massiven Behinderungen haben also die Mit-

geworden oder zurückgewichen wären. Im Gegenteil. Die Angriffe wurden stets schnell und entschlossen gekontert.

Nebenbei: Die ganze Sache hat doch auch gezeigt, wie notwendig die VOLKSFRONT ist. Wenn mit derartigen Methoden gegen eine zur Wahl zugelassene Partei vorgegangen wird, dann ist das wirklich ein Alarmzeichen. Dann wird auch für viele, die noch beiseite stehen deutlich, wie weit es in diesem Land schon wieder gekommen ist. Und manchem einsichtig, daß man sich einheitlich und organisiert zur Wehr setzen muß.

Was die VOLKSFRONT betrifft, so haben die Angriffe gegen uns tatsächlich mobilisierend gewirkt. Die Organisation steht heute geschlossener da als zuvor. Ganz abgesehen davon, daß wir ja auch eine breite Unterstützung bekommen haben von Menschen, die nicht Mitglieder der VOLKSFRONT sind. Die aber gesagt haben: Das ist eine Schweinerei, dagegen muß etwas unternommen werden.

RM: Die Behinderungen haben also genau den gegenteiligen Effekt von dem gehabt, was sich ihre Urheber erwartet haben?

E.H.: Das kann man wohl sagen. Es war ein Bumerang für die Reaktionäre, für Herrn Strauß und die Leute, die auf seiner Linie schwimmen.

RM: Du sagtest, ein wichtiges Ziel der VOLKSFRONT wäre schon damit erreicht worden, daß sie jetzt breit bekanntgemacht worden ist. Kann man schon sagen, daß die Beteiligung am Wahlkampf auch positive Auswirkungen auf die Mitgliederentwicklung gehabt hat?



Demonstration in Hamburg gegen den Strauß-Besuch.

glieder mobilisiert und die Organisation selbst weiter gefestigt?

E.H.: Genau so ist es. Als der erste Schlag kam, als unser erstes Plakat verboten wurde, hat die Organisation wirklich gestanden wie ein Mann. Der überwältigende Teil unserer Mitglieder hat gesagt: Jetzt erst recht! Jetzt müssen wir ran! Und es ging dann ja auch binnen ganz kurzer Zeit; innerhalb eines Tages und einer Nacht waren beispielsweise die Stellschilder mit dem verbotenen Stierplakat überklebt. Man konnte wahrhaftig nicht feststellen, daß unsere Leute da knieweich

E.H.: Für meinen unmittelbaren Umkreis kann ich das durchaus bestätigen. Eine Einschätzung in bezug auf die gesamte Organisation aber kann ich noch nicht geben. Da fehlt mir vorläufig noch der Überblick. Den muß sich der Bundesvorstand erst mal verschaffen, wenn er sich nach der Wahl zusammensetzt.

Für uns wird es in der nächsten Zeit natürlich verstärkt darauf ankommen, das Interesse an der VOLKSFRONT, das sich während des Wahlkampfes überall gezeigt hat, auch gezielt für die Mitgliederwerbung auszunutzen. Denn

selbstverständlich muß unsere Organisation auch zahlenmäßig stärker werden.

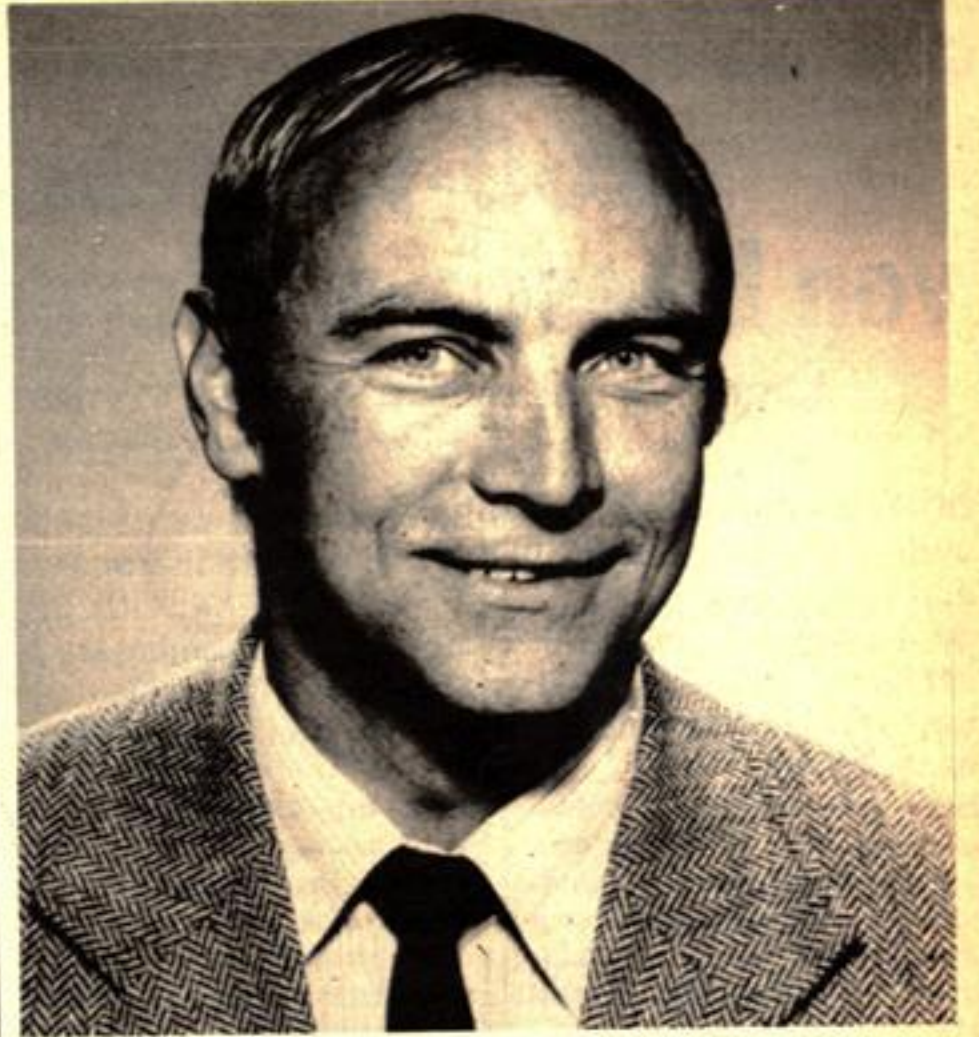
RM: „Strauß stoppen heißt nicht Schmidt wählen“. Das war eine zentrale Lösung im Wahlkampf, in der sich ja die Notwendigkeit ausdrückte, eine Alternative auch gegenüber der SPD zur Wahl zu stellen. Ist es gelungen, diese Notwendigkeit vielen Menschen einsichtig zu machen?

E.H.: Da muß ich erst einmal mit dem Hinweis auf die großen Schwierigkeiten in dieser Frage antworten. Es ist doch so, daß beispielsweise die Arbeiter in der Regel so an dieses Problem herangehen, daß sie sagen: Der Schmidt ist irgendwie noch besser als der Strauß. Hier kommt dann auch die 5-Prozent-Klausel ins Spiel, die Sache mit der angeblich versenkten Stimme. Mit Sicherheit werden jetzt auch viele solcher Arbeiter, die den Zielen der VOLKSFRONT durchaus mit Sympathie gegenüberstehen, ihre Stimme für die SPD abgeben.

Dennoch haben wir auch Erfahrungen gemacht, die zeigen, daß durchaus nicht alle Arbeiter gewillt sind, sich für das kleinste unter mehreren Übeln zu entscheiden. Bemerkenswert ist beispielsweise, daß es gerade unter jüngeren Kollegen eine starke Skepsis gegenüber allen bürgerlichen Parteien gibt, die sich so ausgeprägt hat, daß diese Kollegen in der Vergangenheit überhaupt nicht zur Wahl gegangen sind. Gerade in bezug auf diese Kollegen bestätigt sich jetzt einmal mehr, daß es richtig war, die VOLKSFRONT als wirkliche Alternative am 5. Oktober zur Wahl zu stellen. Denn viele von ihnen überlegen sich, ob sie nicht dieses Mal ihre Stimme abgeben sollen — für die VOLKSFRONT. Interessant ist übrigens auch, daß wir nicht nur bei diesen jungen Kollegen ein großes Maß an Übereinstimmung feststellen konnten, sondern auch bei der Generation, die den Hitler-Faschismus und den Weltkrieg noch selbst erlebt hat. Hier gibt es ein ausgeprägtes Gespür für Übereinstimmungen in der Entwicklung von damals und heute. Viele dieser älteren Kollegen sagen: Soweit wie damals darf es nie wieder kommen. Und von daher finden sie VOLKSFRONT richtig und notwendig.

RM: Gegenwärtig spitzen sich die politischen Auseinandersetzungen in unserem Land begreiflicherweise auf den 5. Oktober zu. Und natürlich hat auch die VOLKSFRONT ihre Aktivitäten auf dieses Datum ausgerichtet. Nun seid ihr aber keine Wahlpartei, die am Tag nach der Wahl nichts mehr von sich hören läßt. Wie seht ihr das Problem Strauß, wie seht ihr die Kampfaufgaben der VOLKSFRONT nach dem 5. Oktober?

E.H.: Zunächst einmal: Auch wenn Strauß dieses Mal nicht Kanzler wird — und im Augenblick deutet ja alles auf eine Niederlage für ihn hin — ist damit die Gefahr einer Entwicklung auf einen neuen Faschismus hin nicht gebannt. Die hinter Strauß stehenden Kräfte werden sich nicht deshalb einfach zurückziehen, weil ihr Kandidat gescheitert ist.



Eike Hemmer, Vorsitzender der VOLKSFRONT

Auf der anderen Seite — was würde uns eine Neuaufgabe der sozialliberalen Koalition bringen? Wir haben ja schon in den vergangenen Jahren erlebt, daß die von Schmidt geführte Regierung die politische Unterdrückung vorangetrieben hat, daß sie die Ausplünderung der Werktätigen verstärkt hat. Ich denke hier zum Beispiel an die Abschaffung der bruttolohnbezogenen Rente. Wir haben gesehen, wie Schmidt im Gleichschritt mit den amerikanischen Kriegstreibern marschiert ist.

Was das bedeutet, sehen wir gegenwärtig am Persischen Golf. Dort ist der Kriegsbrand jetzt offen entflammt, und natürlich haben dabei die beiden Supermächte ihre Finger im Spiel. Ich möchte angesichts des Krieges im Golf noch einmal daran erinnern, daß die Gefolgsleute von Strauß — ein Dregger zum Beispiel — schon seit langem eine militärische Präsenz unseres Landes in dieser Region fordern. Wären diese Leute am Drücker, dann hätten wir heute die Bundeswehr mitten im Kriegsgebiet. Aber um auf Schmidt zurückzukommen: Er hat zwar keine Truppen in den Golf geschickt, auf der anderen Seite aber deutlich klargemacht, daß er auch für seine mögliche nächste Amtszeit als Regierungschef nicht daran denkt, unser Land vom gefährlichen Kriegskurs der Amerikaner abzukoppeln.

Ich meine, nach der Wahl wird es bei vielen Menschen, die jetzt die SPD als kleineres Übel gegenüber Strauß wählen, einen großen Katzenjammer geben. Und das beziehe ich nicht nur auf die Kriegsgefahr. Man könnte jeden beliebigen anderen Bereich anführen. Die Steuererhöhungen, die schon geplant sind. Die leeren Kassen in der Arbeitslosenversicherung — bei einem von allen Experten erwarteten weiteren Ansteigen der Arbeitslosenzahlen. Oder nehmen wir die Aussperrung, diese gefährliche Waffe in den Händen der Unternehmer. Die SPD-Führung — die ja auch in den Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluß hat — konnte bislang das gesetzliche Verbot der Aussperrung torpedieren. Und sie wird auch nach der Wahl auf diesem arbeiterfeindlichen Kurs bleiben.

Alles in allem wird die SPD-Führung auch zukünftig alles andere als ein Bollwerk im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg sein. Sie wird die bedrohliche schlechende Entwicklung auf ein neues '33 hin, die dieser Staat seit Jahren nimmt, nicht abwenden. Schließlich kann niemand die Gefahr von der Hand weisen, daß auch bei einem

Scheitern von Strauß bei dieser Wahl er später von Schmidt in ein neues Kabinett der Großen Koalition geholt wird.

RM: Was ergibt sich daraus für die zukünftige Arbeit der VOLKSFRONT?

E.H.: Bei unseren gegenwärtigen Aktivitäten im Wahlkampf wird ein gewisser Widerspruch sichtbar, der darin liegt, daß wir auf der einen Seite gezwungen sind, als Partei aufzutreten, während unsere Organisation ja vom Wesen her eine Front ist, wie es ihr Name auch sagt. Es wird also darauf ankommen, diesen Charakter als Front stärker zu betonen, also einer Front, in der sich die Werktätigen auch ungeachtet irgendwelcher Parteizugehörigkeit zusammenschließen.

Natürlich werden wir nach dem 5. Oktober nicht in Passivität verfallen, wie so manche andere Partei, die nur bei Wahlen aufblüht. Für unsere Ortsgruppen, für unsere Mitglieder wird es viel zu tun geben. Sie werden gestärkt durch die Erfahrungen aus dem Wahlkampf darangehen, überall den Kampf zu organisieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ermutigt von der Strauß-Kandidatur sind überall die faschistischen Banden wie die Pilze aus dem Boden geschossen. Sie gehen inzwischen zu Mordtaten über. Die NPD zieht eine rassistische Kampagne gegen die ausländischen Kollegen auf. Die Kampfaufgaben — und nicht nur bei der Abwehr faschistischer Banden — nehmen also zu.

Und damit wird auch die Schaffung einer organisierten und einheitlich handelnden Front des Volkes immer dringlicher. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal die Notwendigkeit betonen, die Enttäuschung, die sich mit Sicherheit bei vielen SPD-Wählern einstellen wird, wenn sie die Folgen der Politik einer neuen Schmidt-Regierung zu spüren bekommen, diese Enttäuschung für den Aufbau unserer Front auszunutzen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich der Katzenjammer, von dem ich sprach, in Resignation verwandelt. Er muß zu einem aktiven Posten beim gemeinsamen Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg werden. Und wir reichen in diesem Kampf selbstverständlich auch weiterhin den sozialdemokratischen Kollegen die Hand, ungeachtet der Schläge unter die Gürtellinie, mit denen die Bahr und Brandt die VOLKSFRONT treffen wollten.

RM: Wir danken Dir für das Interview. Und wir wünschen der VOLKSFRONT am 5. Oktober, ebenso wie für ihre weitere Tätigkeit viel Erfolg.

Aufwendiger Wahlkampf der EAP

Spitzel für das FBI

Finanzspritzen von US-Multis

Für die Bundestagswahl ist auch die Kandidatur einer sogenannten Europäischen Arbeiterpartei (EAP) zugelassen worden. Mit erheblichem Finanzaufwand betreibt die EAP gegenwärtig eine Wahlpropaganda, die in keinem Verhältnis zu der angegebenen Mitgliederzahl von 250 steht.

Reporter der „New York Times“ gingen auf die Suche nach den Finanzquellen dieser Organisation, die ihre Zentrale in den USA hat. Die Journalisten wurden fündig. Sie deckten weitgehende Verbindungen der EAP zum FBI, zu verschiedenen faschistischen Geheimdiensten und den Chefetagen amerikanischer Multis auf. Daß es sich bei der EAP — ungeachtet ihres Namens — nicht um eine irgendwie linke Partei, sondern um eine Bande von Provokateuren handelt, war längst kein Geheimnis mehr. Seit Jahren schon treibt diese Bande auch in der Bundesrepublik ihr Unwesen.

Jahren mit seinen Anhängern eine Wühlstätigkeit in demokratischen amerikanischen Organisationen betrieb.

Heute kontrolliert er von New York aus einen Konzern von Druck- EDV- und Lichtsatzunternehmen, der immerhin über jährliche Einnahmen von fünf Millionen Dollar verfügt. Und zu seinen Kunden gehört ausgerechnet der Rockefeller-Multi Mobil Oil, daneben auch die Citybank oder die Ford Foundation. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, daß LaRouche weniger mit Nachrichtentechnik als vielmehr mit Nachrichten selbst handelt. So betreibt er seit vier Jahren einen

Enge Verbindungen unterhält die amerikanische EAP-Zentrale zudem zu den faschistischen und rassistischen Terrorbanden der USA. Wie die „New York Times“ berichtete, tauschen die LaRouche-Leute „nahezu täglich“ Informationen mit Roy Frankenhouser aus, einem Führer des Ku-Klux-Klan und Aktivisten der amerikanischen Nazi-Partei. Die Zusammenarbeit mit den Faschisten beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Nachrichtenaustausch. Mitglieder der USLP werden auch für bewaffnete Terrorakte gedreht. Ihr Ausbilder war der Anti-Guerilla-Experte WerBell, der unter anderem auch in der gleichen Funktion für den jüngst hingerichteten Diktator Somoza tätig war.

Angeht diese Tatsachen ist es ein Skandal, daß eine Terror- und Spionagebande wie die EAP in unserem Land ungehindert ihrer Tätigkeit nachgehen kann und sogar zur Bundestagswahl zugelassen wird. Zumindest von der SPD — die ja zum Spionageobjekt der EAP geworden ist — sollte man einen energischen Vorstoß gegen diese Bande erwarten. Stattdessen aber werfen SPD-Führer wie Bahr und Brandt mit Verleumdungen gegen die VOLKSFRONT und ihre angeblich dunklen Finanzen um sich. Daß die EAP, finanziell gespeist aus den trüben Quellen internationaler Geheimdienste und Multi-Zentralen, für ihre Auftraggeber die SPD bespitzelt — das scheint die Brandt und Bahr nicht zu stören.

Wie der „Spiegel“ berichtet, haben sich die LaRouche-



Wahlpropaganda der EAP

Die EAP-Leute sind einerseits mit einer hemmungslosen antikommunistischen Propaganda hervorgetreten, wobei es ihre Spezialität war, Kommunisten (wie etwa den Vorsitzenden unserer Partei, Ernst Aust), aber auch Führer von linkssozialdemokratischen oder eurorevisionistischen Organisationen wahlweise als Agenten Rockefeller oder auch des britischen Geheimdienstes zu diffamieren. Auf der anderen Seite verübten sie gewaltsame Provokationen gegen Angehörige linker Organisationen.

Über einen anderen Tätigkeitsbereich der EAP berichtete in der vergangenen Woche der „Spiegel“. Mitglieder der EAP hätten sich SPD-Funktionären gegenüber als Journalisten ausgegeben und „in vielen tausend Gesprächen mit Parteiprominenten, aber auch mit Juso-Unterbezirksvorsitzenden versucht, die Genossen über ihre politischen Ansichten auszufragen“. Diese Spitzeltätigkeit hat immerhin einen solchen Umfang angenommen, daß ein ungenannter SPD-Mann gegenüber dem „Spiegel“ erklärte, die EAP habe „die vielleicht umfassendste Personaldatensammlung über pro- und anti-amerikanische Tendenzen in Westdeutschland“ anlegen können.

Über die Verwendung dieses Materials gibt die oben erwähnte Untersuchung der „New York Times“ Aufschluß. Die amerikanischen Reporter gingen den Spuren von Lyndon LaRouche nach, der als Führer der „US Labour Party“ (USLP) die EAP in Westdeutschland und ähnliche Organisationen in einer Reihe anderer Länder steuert. LaRouche war unter dem Namen Lyn Marcus ein bekannter Trotzkist, der in den sechziger

eigenen politischen Nachrichtendienst, der das amerikanische Bundeskriminalamt FBI, andere Polizeistellen, aber auch Konzernzentralen mit Dossiers über linke Organisationen beliefert.

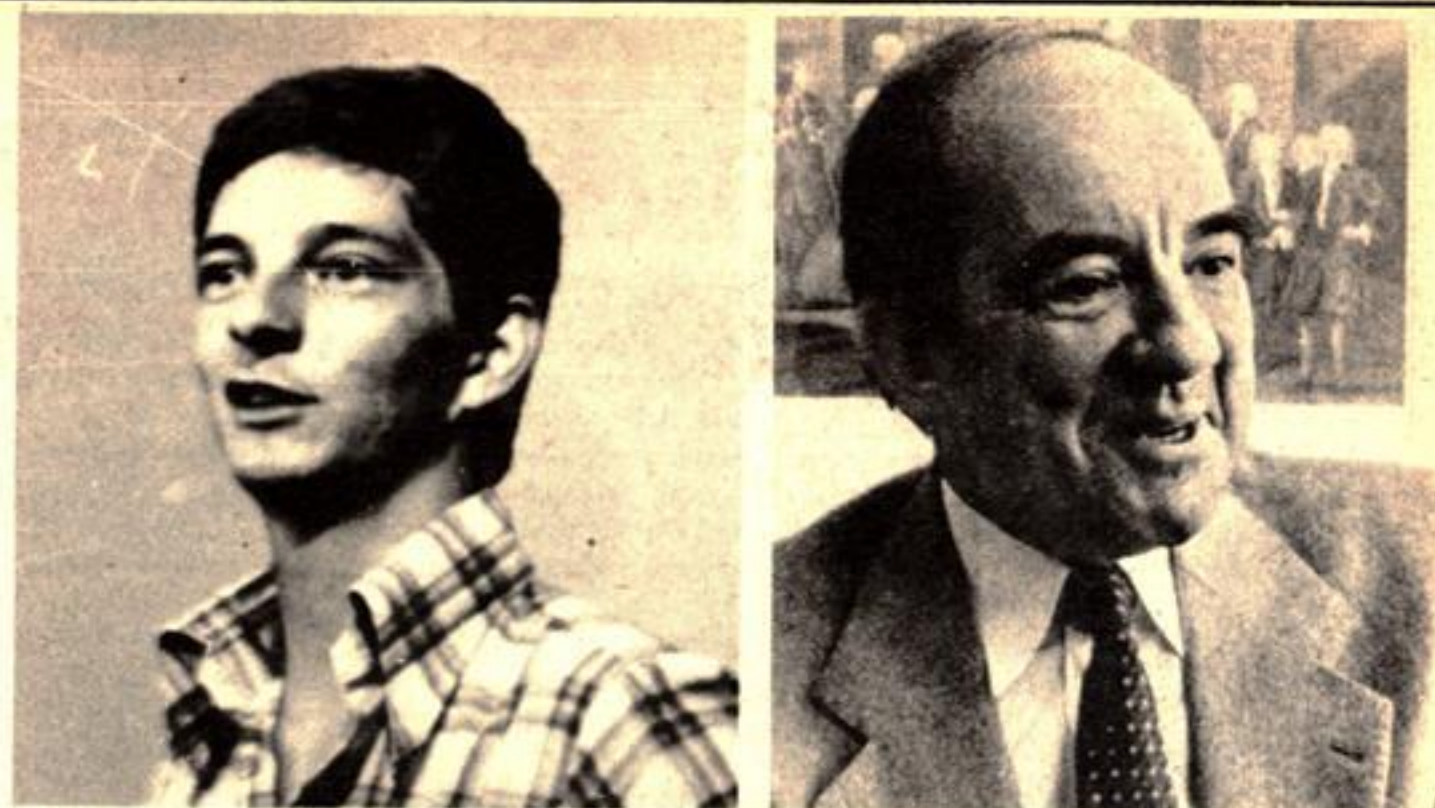
Auch ausländische Geheimdienste bedienen sich gerne bei



EAP-Boß LaRouche betreibt einen Spionagedienst für Multis und faschistische Geheimdienste.

LaRouche. So ging an den „Boss“, den Geheimdienst der südafrikanischen Rassisten, Material über Apartheid-Gegner. Zur Zeit der faschistischen Schah-Diktatur im Iran spionierte LaRouche internationale Hilfstruppen fortschrittliche iranische Emigranten für den „SAVAK“ aus. Energiekonzerne werden mit Dossiers über die Anti-KKW-Bewegung in Europa und in den USA beliefert.

Leute in der Bundesrepublik mittlerweile eine Tarnorganisation zugelegt, die sich „Anti-Drogen-Koalition“ nennt und vorgibt, die Rauschgiftsucht zu bekämpfen. Für die Gründungsversammlung konnte immerhin ein offizieller Vertreter des rheinland-pfälzischen Landesjustizministeriums gewonnen werden. Und nach Angaben der „Anti-Drogen-Koalition“ hat Bundesinnenminister Baum ein Grußschreiben geschickt.



Antifaschist Paul Pittam, Richter Somoskeoy

Nach über zwei Monaten Haft

Paul Pittam nach England abgeschoben

RHD kämpft weiter für britischen Antifaschisten

RECKLINGHAUSEN. — Nach mehr als zweimonatiger Haft ist der britische Antifaschist Paul Pittam am vorletzten Mittwoch in seine Heimat abgeschoben worden. Paul war zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt worden.

Sein „Verbrechen“ hatte darin bestanden, daß er 1973 im Kölner Stadtteil Nippes mit anderen Antifaschisten gegen einen Propagandastand der NPD protestierte. Es kam dabei zu einem Handgemenge mit den Faschisten. Der berüchtigte Kölner Richter Somoskeoy, der damals den Fall bearbeitete, hielt seine schützende Hand über die Nazis und urteilte reihenweise die Antifaschisten ab, die er ohne Bewährung ins Gefängnis schickte.

Paul Pittam wurde zu fünf Monaten verurteilt, jedoch als Ausländer abgeschoben, bevor das Urteil rechtskräftig wurde. Gleichzeitig wurde ihm verboten, die Bundesrepublik Deutschland jemals wieder zu betreten. Der menschenverachtende Charakter dieses Verbots wird deutlich, wenn man bedenkt, daß Paul einen Sohn hat, der bei seiner geschiedenen Frau in Bielefeld lebt. Als er diesen Sohn besuchen wollte, wurde er verhaftet und in die JVA

Recklinghausen gebracht, wo er die ihm von Somoskeoy angehängte Strafe absitzen sollte.

Die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) organisierte sofort die praktische Solidarität für Paul. Sie klärte die Öffentlichkeit über diesen Fall politischer Justiz auf, sammelte Geld für den Gefangenen und organisierte Gefängnisbesuche. Das wichtigste Ziel der RHD war es dabei, Paul Pittam so schnell wie möglich wieder frei zu bekommen, nicht zuletzt deshalb, weil der britische Antifaschist zuhause kurz vor dem Abschluß eines dreijährigen Studiencurses steht, dessen Erfolg durch die Haft in Frage gestellt war.

Wenn Paul Pittam jetzt nach der Verbüßung der Hälfte seiner Strafe entlassen wurde, dann ist das sicherlich auch ein Ergebnis der breiten Solidarität (in Britannien hatte sich neben seinen Studienkollegen auch ein Abgeordneter der Labour Partei für ihn eingesetzt).

Mitglieder der RHD aus Bochum und Bielefeld, sowie ein ehemaliger Arbeitskollege, hatten sich am vergangenen Mittwoch auf dem Flughafen von Düsseldorf eingefunden, um Paul zu verabschieden. Der Bundesgrenzschutz verhinderte jedoch ein Zusammentreffen von Paul und seinen Freunden. Die Roten Helfer wurden von BGS-Beamten bewußt über den Aufenthaltsort von Paul belogen. Während sie in der Transithalle warteten, wo er eigentlich eintreffen sollte, war Paul von anderen BGSlern schon in ein Flugzeug gebracht worden. Es gelang den Roten Helfern jedoch noch, einer Stewardess dieser Maschine die für Paul bestimmten Blumen mitzugeben.

Die RHD wird den Kampf für Paul Pittam weiterführen. Sie setzt sich jetzt vor allem dafür ein, daß er die Erlaubnis zur legalen Einreise in die BRD bekommt, damit er künftig seinen Sohn besuchen kann.

Krankenanstalt der Barmherzigen Schwestern

Aktiver Gewerkschafter gefeuert

Katholische Klinik will keine Gewerkschaftsarbeit

ESSEN. — Das Krankenhaus trägt einen Namen, der vor Frömmigkeit nur so trieft: Krankenanstalt der Barmherzigen Schwestern von der heiligen Elisabeth. Hinter der frommen Fassade dieser mit 691 Betten größten konfessionellen Klinik im Ruhrgebiet aber verbergen sich schier unglaubliche Zustände.

Daß davon einiges an die Öffentlichkeit gelangte und daß diesen Zuständen zuleibe gerückt wurde, ist vor allem Hans Josef Bomholt zu verdanken. Der junge Assistenzarzt begann im vergangenen Jahr mit dem Aufbau einer Betriebsgruppe der ÖTV. Hatten es die „Barmherzigen Schwestern“ bis dahin geschafft, jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit an der Klinik weitgehend zu unterdrücken, so umfaßt die Gruppe jetzt rund 80 Kolleginnen und Kollegen. Und sie arbeitete außerordentlich erfolgreich. Der Essener ÖTV-Sekretär Limbeck konnte zum Beispiel verkünden: „Wir haben für die Beschäftigten fast eine halbe Million rausgeholt.“

Es waren nun nicht etwa irgendwelche Extras, die die Betriebsgruppe erstritten hätte. Sie kämpfte vielmehr darum, daß dem Personal das zugestanden wurde, wozu es von der Klinikleitung jahrelang betrogen wurde. Ein Beispiel: Die Wäscherinnen wurden in diesem christlichen Krankenhaus

nicht nach dem ihnen zustehenden Tarif, sondern nach einem Behinderten-Tarif entlohnt. Die ÖTV-Gruppe setzte durch, daß sie eine bzw. zwei Lohngruppen höher eingestuft wurden.

Solche gewerkschaftliche Tätigkeit aber vertrug sich nicht mit der „Barmherzigkeit“ der Klinik-Bosse. Sie liefen Sturm gegen die ÖTV-Betriebsgruppe, die ohnehin unter regelrecht illegalen Bedingungen arbeiten mußte. Plakate der ÖTV wurden von den Wänden gerissen; Gewerkschafter Bomholt wurde vor die Klinikleitung zitiert, wo er darüber Auskunft geben sollte, ob er Material der ÖTV im Krankenhaus verteilt hätte. Als Bomholt die Antwort auf diese unverschämte Frage verweigerte, zerrten ihn die Bosse vors Arbeitsgericht, um eine Antwort zu erzwingen. Die Richter wiesen dieses dreiste Ansinnen allerdings als rechtswidrig ab.

Bomholt wurde von der Klinikleitung noch mit anderen Prozessen überzogen und be-

kam schließlich wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit die Kündigung. Aber auch damit kamen die Bosse beim Arbeitsgericht nicht durch.

Dennoch ließen sie nicht locker. Den Anlaß für einen neuen Schlag gegen den Assistenzarzt fanden sie in einem Leserbrief, den Bomholt gemeinsam mit 80 Kollegen an den „Stern“ geschrieben hatte. Darin verwahrten sich die Mediziner gegen die Hetze des Ärztesfunktionärs und CSU-Politikers Holzgartner, der die legale Abtreibung mit den Massenmorden von Auschwitz auf eine Stufe gestellt hatte. Bomholt bekam seine zweite Kündigung. Sie wurde zwar vom Essener Arbeitsgericht wieder abgelehnt. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf jedoch gab den reaktionären Gewerkschaftsfeinden von der „Krankenanstalt der Barmherzigen Schwestern“ recht. Gegen dieses Schandurteil will der ÖTVler beim Bundesarbeitsgericht in Revision gehen.

Zu Gast bei mexikanischen Arbeitern

Korrespondenz einer Hamburger Leserin

Vorbemerkung: Aus den geplanten zehn Tagen Aufenthalt in Mexico wurden knappe drei Wochen. Zehn Tage hätten nicht ausgereicht, um das Land, die Lebensbedingungen der Werktätigen, den Kampf der Arbeiter und Campesinos, der Lehrer, Hausfrauen und andere auch nur bruchstückhaft kennenzulernen.

Auch drei Wochen Mexico sind zu kurz, um ein vollständiges Bild der Situation zu be-

kommen. Doch unendlich viele Gespräche und Diskussionen, das Aufsuchen der Arbeiterfamilien in ihren „Colonias“, den Arbeitervierteln von Mexico City, Besuche der Dörfer und der noch dort lebenden Familien von zwei Arbeitern, alle diese Erfahrungen und Eindrücke ergeben ein Mosaikbild Mexicos, das selbst nach dieser relativ kurzen Zeit schon klar erkennbare Strukturen und Konturen zeigt.

zeptable Bahnen lenken wollen.

Als zum Beispiel beim letzten Streik mehrere Arbeiter, die zur Unterstützung der Streikenden mit einem Lieferwagen Lebensmittel heranschaffen wollten, von der Polizei verhaftet wurden, wollte die Gewerkschaftsführung nur eine Kommission bilden, die beim Polizeikommissariat protestieren sollte. Die streikenden Arbeiter beschlossen jedoch, gemeinsam und mit allen zur Polizeiwache zu ziehen, um die Freilassung der verhafteten Arbeiter zu fordern — mit Erfolg.

Im Laufe des Gespräches, als wir über die weitere Entwicklung der Klassenkämpfe in Mexico, aber auch in der BRD sprachen, fragte mich Antonio, wie ich die Frage des gewaltsamen Kampfes sehe. So, als sei es das Selbstverständlichste, stimmte er meiner Einschätzung und Erklärung zu, daß die Kapitalisten niemals freiwillig und friedlich abtreten würden, sondern mit allen Mitteln versuchen ihre Macht zu erhalten, daß sie es seien, die Gewalt und Terror ausübten und, daß die Arbeiterklasse keine andere Wahl hätte, als im bewaffneten Kampf die Kapitalistenklasse zu zerschlagen. Antonio ist — noch — kein Kommunist, seine Einschätzung hat er aus eigenen Erfahrungen, aus Diskussionen mit Revolutionären und Kommunisten gewonnen. Aus Erfahrungen, wie die folgenden, von denen er uns berichtete.

Die Arbeiter eines Betriebes, in dem ein Bekannter von ihm arbeitet, streiken. Der Streik wird von einem kämpferischen Streikkomitee geleitet, das konsequent an den Forderungen festhält und sich auch nicht durch alle möglichen Bestechungsversuche zum Einlenken bringen läßt. Der Streik geht über Wochen. Er wäre noch weitergegangen, wenn nicht der Unternehmer mit Hilfe eines gedungenen Mörders den Vorsitzenden des Streikkomitees hätte umbringen lassen — kein Einzelfall, wie ich später lernte.

Oder, das Schicksal einer anderen Belegschaft. Mit Erfolg haben die über 4000 Arbeiter eines größeren Betriebes Lohnerhöhungen erkämpft. Eine Woche nach Wiederaufnahme der Arbeit erhalten sie alle ihre Kündigung. Um weiteren Kämpfen vorzubeugen, entläßt der Kapitalist die gesamte Belegschaft und stellt zum früheren, alten Lohn neue Leute ein.

Als wir uns von Antonio verabschieden, erklärt er, wie wichtig es für ihn gewesen sei, zu erfahren, daß in anderen Ländern die Arbeiter ebenfalls kämpfen für die gleichen langfristigen Ziele, gegen die gleichen Gegner. Mir wurde plötzlich klar, wie wichtig dieser Erfahrungsaustausch ist, welche Kraft die Arbeiterklasse haben wird, wenn sie sich ihrer gemeinsamen Klassenlage, ihrer gemeinsamen Gegner bewußt wird.

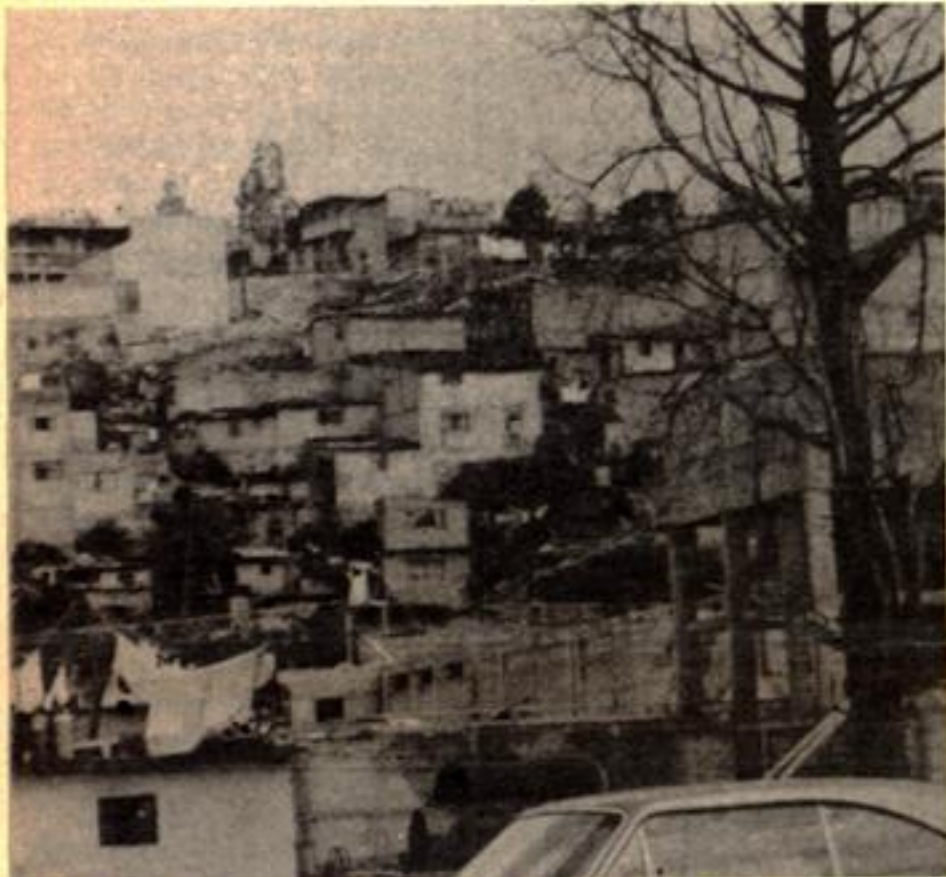
Wird fortgesetzt.

Besuch bei Arbeitern der Konservenfabrik Mexicana

Mexicana ist ein seit Jahren sehr kämpferischer 800-Mann-Betrieb, dessen Arbeiter heute aufgrund ihrer Kämpfe einen täglichen Durchschnittslohn von 300 Pesos (ungefähr 25 Mark) erhalten. (Zum Vergleich: der in vielen Betrieben gezahlte Minimallohn beträgt 160 Pesos, ca. 13,50 Mark.)

Küchenschrank, Tisch und Stühle in dem ersten Raum, ein Schrank und mehrere Matratzen, bzw. Betten im zweiten Raum. Mehr paßt nicht rein.

Antonio lebt nicht in „besonderem“ Elend. Seine Wohnsituation, seine Lebensbedingungen sind Ausdruck des alltäglichen Elends der mexika-



Mehr als 60 Prozent der über 14 Millionen Einwohner von Mexico City (manche Statistiken sprechen von 16 Millionen Einwohnern!) wohnen in diesen — zu Beginn meist illegal errichteten — unzureichenden Gebäuden in immer neu entstehenden Colonias.

Antonio (alle Namen sind von mir geändert — der Verf.) lebt mit seiner Frau und vier Kindern zwischen zwei und acht Jahren in einer Colonia im Nordosten von Mexico City (M.C.), eineinhalb Stunden von Mexicana entfernt. Zweimal täglich muß er — wie hunderttausend andere Arbeiter auch — den Weg von und zur Arbeit in einem der überfüllten alten, im täglichen Verkehrschaos immer wieder steckenbleibenden Busse zurücklegen.

In Sand getretene Stufen führten zu einem der typischen, aus grauen Ziegelsteinen gebauten, mit Wellblech bedeckten Häuser — Unterkünfte wäre eigentlich genauer. Im Hof: Steine, Sand, Wäscheleinen, ein Brunnen — fließend Wasser gibt es in den wenigsten Colonias. Das „Haus“ besteht aus zwei kleinen Räumen, zusammen ca. 25 Quadratmeter, die als Küche, Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer dienen müssen. Die Rückseite des Hauses bildet der Hügel, an dem die Colonia wie angeklebt liegt. Der Fußboden ist nackter, unebener Zementboden. Die Toilette liegt auf dem Hof, zwischen drei Mauern, abgeteilt mit einem Plastikvorhang, unter freiem Himmel. Erst nach langen Kämpfen war ein primitives Kanalisationssystem angelegt worden, das aber bei weitem nicht ausreicht. In den beiden Räumen befanden sich neben dem Herd und einem

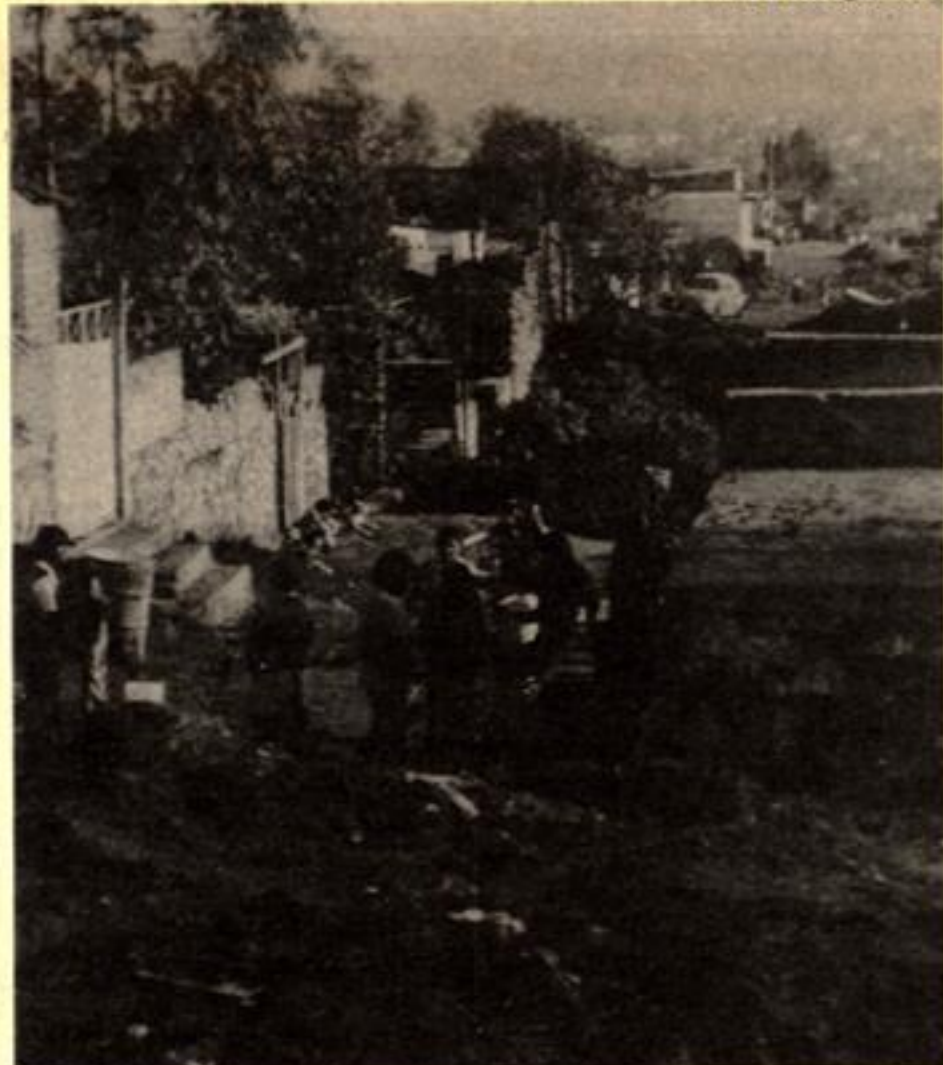
schen Arbeiterklasse.

Mit — angesichts der Armut und des Elends — beeindruckender Selbstverständlichkeit lud uns Antonio zum Essen ein: Tortillas (Maisfladen), die Brot, häufig auch Teller und Löffel ersetzen; dazu Frijoles (braune, rote oder schwarze Bohnen), der billigste Proteinspender für die Werktätigen. Weil Sonntag war, gab es noch ein Stück Fleisch.

Schon vor und während des Essens hatten wir angefangen zu diskutieren: Antonio hatte noch nie mit einem ausländischen Gewerkschafter, noch nie mit einem Deutschen gesprochen. Er hatte viele Fragen zur Situation in der BRD, den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, den Kämpfen der Arbeiter, zum Hitler-Faschismus.

Dann war ich mit Fragen an der Reihe. Antonios Erzählung über die Kämpfe bei Mexicana.

Der letzte Streik der Arbeiter hat im April stattgefunden; andere Kampfmethoden zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen waren Demonstrationen innerhalb des Betriebes gewesen; gemeinsames und geschlossenes Auftreten im Büro der Geschäftsleitung, aber auch Kampf gegen die „Charros“, die mexikanischen Gewerkschaftsböden, die häufig genug den Kampf der Arbeiter abwürgen, und in „friedliche“, für die Unternehmer ak-



An der Wasserstelle der Colonia im Süden von Mexico-City. Das Wasser muß in Eimern geholt werden.



Transparentinschrift: Die Telefonisten unterstützen den Streik der Arbeitsgenossen der Coca-Cola-Werke für ihre gerechten Forderungen. Seit dem 24. Juni befanden sich die Coca-Cola-Arbeiter im Streik, der Mitte August, als ich abreiste, immer noch andauerte.

„Das Herbstmanöver“

Eine alltägliche Geschichte von einem Berliner Leser

Friedlich schlummernd saß der alte Bundespräsident auf dem Feldherrnhügel in seinem Armstuhl. Abgespannt vom Repräsentieren und gelangweilt von dem oft gesehenen Manöverspektakel träumte er von seinen vergangenen besseren Zeiten. Die Zigarre war schon kalt geworden und der Sekt — Marke Carstens NS — stand unberührt neben ihm. Seine Füße steckten in einer Wanne mit Wasser und wohlriechenden Ölen. Das linderte die Schmerzen der Blutblasen, die er von seiner volkstümlichen Wandertour als Erinnerung noch hatte. Eine Decke in schwarz-rot-goldener Farbe hatten seine Leibwächter fürsorglich um das braune Werkstagsjacket gelegt, denn trotz der wärmenden Strahlen der letzten Sommersonne fröstelte es den alten Herrn doch ziemlich.

Also blieb die Beobachtung der Schlachtaufstellung auf dem Manövergelände der Umgebung des Präsidenten überlassen.

Es war ein wüstes Schauspiel:

Die beiden Hauptkombattanten hatten samt ihren Hilfstrophen gegenüber Stellung genommen. Das gesamte Manöver war als Bürgerkrieg angelegt.

Da stand also auf dem linken Gelände die Koalitionsarmee in lockerer Ordnung. Sie bot für den aufmerksamen Beobachter ein merkwürdiges Bild. Ihre Hauptkräfte schienen demoralisiert, ja sogar gleichgültig. Die rosaroten Geschosse flogen nur spärlich und das liberale Bataillonchen am rechten Flügel grinste nur dümmlich, mit den Händen in den Taschen.

Der Feldherr mit der Schirmmütze, anstatt seine Truppen anzuführen, bemühte sich auch noch nach Leibeskräften diejenigen seiner Kämpfer, die ernst machen wollten, zurückzuhalten. Seine Stabsoffiziere indessen waren in der Etappe mit Verfahren gegen Juso-Stoßtrupp befaßt, die dem Gegner die Zunge herausgestreckt hatten.

Anders sah es im Lager der Schwarz-Braunen, vereinten Südstaatenarmee und ihrer nördlichen Hilfstrophen aus. Sie machten einen ohrenbetäubenden Lärm wie die Janitscharen der türkischen Eroberer. Mit gewaltigen Dreckschle-

dern attackierten sie den Feind. Hoch zu Roß saß der Feldherr. Ein sehr stattliches Roß das sich trotzdem noch beträchtlich durchbog unter seiner Last. Der Feldherr brüllte mit hochrotem Kopf und Schaum vor dem Mund unausgesetzt Schmähsprüche gegen seine Gegner und feuerte seine wohlgeordneten Kampftruppen an.

Die Moral der Truppe wurde mit allen Mitteln aufrechterhalten. Vor jeder Abteilung lief ein Unteroffizier mit einem Bündel Geldscheine an einer Angelrute hin und her. Wer trotzdem zurückbleiben wollte, wurde von Angehörigen einer Spezialtruppe in langen schwarzen Kutten durch gezielte Schläge mit Weihwasserkesseln wieder an die Front getrieben.

Zwischen diesen beiden Hauptfronten tumelten sich noch, mit grünen, roten, schwarzen oder braunen Fahnen, eine Vielzahl von Privatarmeen, Räuberbanden, Guerillatrüppchen und versprengte Teile der großen Armeen. Teilweise verfolgten sie eigene Ziele, teilweise waren es mehr oder weniger offen operierende Hilfstrophen der großen.

Immer noch schlummerte der alte Herr in seinem Armstuhl. Nur gelegentlich blinzelte er mit einem Auge zum Schlachtfeld hinüber, um zu sehen, ob das Spektakel nicht endlich vorbei sei.

Da ertönte ein neuer Schlachtruf, der die Ruhe des Präsidenten störte. Jah schreckte er auf. Auch in seiner Umgebung wurde es lebendig: Die Bodyguards sprangen in Karategrundstellung, die BGS-Prätorianer fingerten nervös an ihren Maschinenpistolen, die großen Ohren der Herren in grauen Mänteln wurden noch größer, Polizeisirenen heulten, Parlamentarier hielten sich die Ohren zu und Presseleute begannen zu geifern.

Da ertönte wieder der schreckliche Schlachtruf, diesmal schon laute: Nie wieder Faschismus — Nie wieder Krieg!

„Herr Präsident, Herr Präsident“, ein Spitzel kam keuchend und mit hochrotem Kopf angerannt, „da marschiert eine neue Armee auf. Sie ist noch klein, aber sehr schlagkräftig, und sie bekommt ständig Zulauf. Die halten sich nicht an die Manöverregeln. Volksfront nennen sie sich.“

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.



NATO-Draht und riesige Polizeiauftritte — die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Straußschen Wahlkampftournee. Die Bremer Stadthalle ist hermetisch abgeriegelt und zur uneinnehmbaren Festung ausgebaut worden. Der ursprünglich in der Wahlkampfrege gar nicht vorgesehene erneute Auftritt des Kandidaten in Bremen war von vornherein als reine Provokation der demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Hansestadt angelegt worden.



Polizeitruppen aus Hamburg besetzen die Bremer Innenstadt.



Trotz Demonstrationsverbots gingen 3 000 Strauß-Gegner auf die Straße darunter auch die Kollegen von der VOLKSFRONT.



Bei der Schlußkundgebung auf dem Alten Markt hielt Eike Hemmer, Vorsitzender der VOLKSFRONT, eine kämpferische Rede.



3 000 Polizisten aus ganz Norddeutschland im Einsatz für F.J. Strauß.

Trotz Verbot

3 000 Teilnehmer an einer illegalen Demonstration gegen F.J. Strauß

Niederlage für SPD-Senat

Der CDU-Landesverband hatte F.J. Strauß noch einmal zu einer Großveranstaltung in die Stadthalle eingeladen, obwohl er nach Planung der CDU nicht mehr für Bremen vorgesehen war. Doch die Demonstrationen am 6. Mai angesichts der Rekrutenvereidigung im Weserstadion, die den Herrschenden bei uns noch immer tief in den Knochen sitzen, und um die Ereignisse um den 6. Mai herum auszunutzen, wollte die CDU mit ihrem Kanzlerkandidaten die Bremer Demokraten, Strauß-Gegner und alle Antifaschisten provozieren, um so kurz vor den Bundestagswahlen eine eventuelle Konfrontation für sich bundesweit propagandistisch ausschlagen und um noch stärker gegen alle Antifaschisten und Demokraten hetzen zu können.

Diese Taktik hatte zumindest in einem Punkt Erfolg. Der SPD-Senat ging in die Knie und erließ ein generelles Demonstrationsverbot, einmalig in der Geschichte Bremens, wo die Sozialdemokraten seit 1945 regieren, und sonst schnell bei der Hand sind, ihre antifaschistische Tradition hervorzukehren. Mit einer großangelegten halbseitigen Anzeige in den Bremer Tageszeitungen versuchten die Sozialdemokraten das Demonstrationsverbot zu rechtfertigen:

„Zwar hat Strauß selber Worte gebraucht, die kaum noch demokratisch, sondern gewaltsam und zynisch sind. Wenn er an die Macht käme, hat er in Sonthofen seinen Parteifreunden gesagt, „räumen (wir) so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.“ Wer nicht will, daß dieser Mann ohne Selbstkontrolle Bundeskanzler wird, muß ihn reden lassen. Und danach, am 5. Oktober, für Helmut Schmidt stimmen. Das ist der demokratische und konsequente Weg, Strauß zu verhindern.“

Wer das liest, fühlt sich unweigerlich an die Zeit vor 1933 erinnert, als die SPD-Führung ihren Mitgliedern mit den gleichen Argumenten empfahl, Hitler zu stoppen, den Faschismus zu verhindern. So hatte sie ihren Mitgliedern und besonders den Jungsozialisten verboten (!), an irgendwelchen Kundgebungen gegen Strauß teilzunehmen. Stattdessen nahmen sich die Sozialdemokraten vor, am Abend des Strauß-Auftritts mit 40 000 Hausbesuchen für Helmut Schmidt zu werben. Diese Hausbesuche sahen dann meist so aus, daß kurz geklingelt wurde, man bekam ein oder zwei Nelken überreicht, eine SPD-Wahlbroschüre und schon war der Besuch wieder verschwunden. Hatten die SPD-Funktionäre etwa Angst zur Diskussion mit der Bremer Bevölkerung, weil viele von ihnen gegen das Demonstrationsverbot waren?

Diesmal wollte der SPD-Se-

nat zeigen, wer Herr im Hause ist, daß er in der Lage ist, für „Sicherheit und Ordnung“ zu sorgen. So wurde, ausgehend vom Stadt- und Polizeiamt, wo Herr Diekmann ja immer noch residiert und das Vertrauen der sozialdemokratischen Führung — trotz seiner zutiefst antidemokratischen Haltung — genießt, der Staatsnotstand generalstabsmäßig geplant und geübt. Laut Pressemitteilungen wurden 3 000 Polizeibeamte zum Schutz von Strauß aufgebieten. Man kann davon ausgehen, daß sicherlich die gleiche Zahl noch einmal in Bremen selbst und Umgebung stationiert war, um auf den Einsatzruf zu warten. Bereits am Dienstag, einen Tag vor dem Strauß-Auftritt, wurden die Autobahnzubringer für Bremen kontrolliert, Tage vorher schon, von der Öffentlichkeit unbeachtet, Sicherheitsmaßnahmen eingeübt. So sollen in der Umgebung von Bremen, einem Heidegebiet, junge Polizeibeamte auf das Handhaben des Schlagstocks gedrillt worden sein unter der Parole: „Immer auf die Handgelenke schlagen.“ Die Stadthalle und die Wohngebiete um die Stadthalle herum wurden hermetisch abgeriegelt, die „Bürgerweide“, der Freiplatz vor der Stadthalle mit Nato-Draht eingerollt, Sperrgitter in die Erde versenkt. Schon am Abend vorher kurven leichte Panzerspähwagen durch die Stadt, Polizeibeamte in Zivil machten Streife... Kommentar aus dem „Weser-Kurier“: „Die zum Schutz der Wahlveranstaltung in der Stadthalle getroffenen Sicherheitsvorkehrungen werden alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen.“

Trotz des vom Senat ausgesprochenen und vom Verwaltungsgericht bekräftigten Demonstrationsverbotes sammelten sich gegen 17.00 Uhr ca. 3 000 Strauß-Gegner auf dem Bremer Marktplatz, der inzwischen von starken Polizeikräften aus Hamburg eingekreist wurde, „zum Schutz des Parlamentsgebäudes“, wie Polizeibeamte auf Anfrage zu ver-

stehen gaben. Trotz des massiven Polizeiaufgebotes zogen die Versammelten durch die Oberstraße, die Hauptgeschäftsstraße Bremens, und forderten lautstark die Aufhebung des Demonstrationsverbotes, prangerten die Politik des SPD-Senats an. Transparente der VOLKSFRONT wurden entrollt und ein Vertreter der VOLKSFRONT wies in mehreren Redebeiträgen darauf hin, was angesichts des massiven Polizeiaufgebotes ins Haus steht, wenn Strauß an die Macht kommen sollte. Die Polizisten jagten sofort hinterher, um den Demonstrationen zuzugreifen. Viele Passanten drückten ihren Unwillen über das Demonstrationsverbot aus und meinten, es sei richtig, gegen Strauß zu demonstrieren; denn sein Auftritt in Bremen sei eine Provokation für alle Demokraten und Antifaschisten.

Angesichts der vielen Passanten wagten es die schwerbewaffneten Ordnungskräfte nicht, „hart“ durchzugreifen, wie es in ihrer Sprache heißt und beschränkten ihre Taktik aufs „Zerstören“. Gegen 18 Uhr versammelten sich die Demonstranten wieder auf dem Marktplatz, wo es erneut zu einer Versammlung gegen Strauß kam. Ein Redner der VOLKSFRONT wies noch einmal auf die Gefahr hin, falls Strauß am 5. Oktober Bundeskanzler werden sollte...

Die Aktion war ein voller politischer Erfolg, konnte doch das Demonstrationsverbot umgangen werden. Der SPD-Senat hat eine Schlappe erlitten, die Reihen gegen Strauß wurden fester geschmiedet und die VOLKSFRONT hat im antifaschistischen Kampf an Ansehen gewonnen.

Tagesschau und Tagesthem verloren am Mittwochabend kein einziges Wort oder Bild über die Demonstration in Bremen. Läßt sich Pressezensur besser deutlich machen? Bis Freitag hat selbst die als liberal geltende „Frankfurter Rundschau“ mit keiner Zeile über die Demonstration und das Polizeiaufgebot berichtet!

Kommentar

Vor kurzem noch wollte er Tel Aviv bombardieren, dann ließ er jedoch seine Kampfflugzeuge gegen Teheran starten und seine Truppen die Grenze zum Iran überschreiten. Saddam Hussein, Staats- und Regierungschef des Irak, der vor noch nicht langer Zeit die Kurden im Irak in Massen hingschlachten ließ, rief zur „Befreiung der arabischen Heimat“ und zum Sturz des „rassistischen Khomeini-Regimes“ auf. Und während — zwar immer langsamer — irakische Panzerverbände in den

Verträge — unter amerikanischem Schirm zu schaffen. In dieser Allianz sollte dem Irak als militärisch stärkster Macht die Rolle des „Wächters am Golf“ zufallen, die einst der Schah gespielt hatte.

So hat denn der iranische Revolutionsführer Khomeini recht behalten, der bereits im April dieses Jahres erklärte, die USA würden militärisch nicht eingreifen, denn dafür hätten sie „ihre Waffenhunde“. Die Iraner sollten sich bewußt sein, daß sie gegen die USA kämpfen

Die konzertierte Aktion

Iran eindringen, Artillerie und Flugzeuge Städte, Dörfer und Erdölraffinerien zerstören, machen sich die längs der irakisch-iranischen Grenzen stehenden 45 000, in Bahrain und Oman stationierten 25 000 und in Ägypten wartenden 3 000 ehemaligen Schah-Soldaten zum entscheidenden Einsatz bereit.

In Paris koordiniert mit Unterstützung der französischen Regierung, die wie auch die sowjetische Regierung Saddam

Hussein militärisch unterstützt, der ehemalige Oberbefehlshaber der Schah-Armee, Oveissi, der Schlächter von Teheran (er ließ an einem Tag 3 000 Anti-Schah-Demonstranten erschießen), die Vorbereitungen zum Sturz der Khomeini-Regierung. Er genießt dabei die Unterstützung der über die Schah-Milliarden verfügenden Schah-Schwester Aschraf, die sich derzeit um die Unterstützung der US-Imperialisten bemüht und sie zum baldigen Eingreifen drängt, denn am 26. Oktober ist der Geburtstag des inzwischen verbliebenen Schahs und im übrigen wollte man im Herbst den ältesten Sohn des Schahs, Kronprinz Reza Cyrus Pahlevi (19), in Kairo zum Kaiser ausrufen.

Erst kürzlich hatte der amerikanische Zeitungskolumnist Jack Anderson über Pläne der USA-Regierung für eine militärische Invasion im Iran zur Befreiung der amerikanischen Botschaftsangehörigen und zum Sturz der Khomeini-Regierung noch vor der Präsidentenwahl im November berichtet.

Jedoch, die derzeitige Invasion des Irak im Iran würde die gewünschten Ergebnisse zeitigen. Bereits im Februar dieses Jahres waren Amerikaner und Briten übereingekommen, daß es wünschenswert sei, zum Schutze ihrer neokolonialistischen Interessen am Persischen Golf eine Allianz mit Saudi-Arabien, Irak, Kuwait und den Emiraten — auch ohne

würden, wenn sie gegen Iraker kämpfen. Irak habe vor dem Sieg der islamischen Revolution an der Seite des Schahs gestanden. Nach der Revolution habe man Minderheiten in Khuzistan und Kurdistan zum Auswandern bewegt und Iran mit Waffen überflutet. Die Ausweisung von 40 000 Irakern in den Iran sei einzig erfolgt, weil sie Schiiten iranischer Herkunft seien.

Wie weit hier Religionsfragen auch eine Rolle spielen mögen — fest steht, daß der Sieger, der Blitzkrieg des Irak, dieser „Anfang vom Ende Khomeinis“, wie sich die „Bild“-Zeitung auszudrücken beliebt, vorläufig ins Stocken geriet. Wie hatte noch die „Welt“ am 21.4. geschrieben: „Gegenüber der geschwächten iranischen Armee mit ihren Revolutionsgardien können die Iraker rund 200 000 sowjetisch ausgebildete Soldaten mit fast 1 700 Panzern und 300 Flugzeugen aufbieten. Das ist zur Zeit die stärkste arabische Macht in Nahost“. Und „Bild“ höhnte noch am 23.9. „Die Luftwaffe, der Stolz des Schahs, existiert nur noch auf dem Papier. Von 1 400 Maschinen ist höchstens ein Dutzend bedingt einsatzbereit.“ — So einsatzbereit, daß es eine Woche später keine intakte Ölraffinerie im Irak mehr gab. So einsatzbereit, daß die „Welt“ erstaunt feststellte „die fliegen ja immer noch“.

So ist denn überhaupt noch nicht raus, ob es dem amerikanischen Waffenhund Irak — trotz Freundschaftspakt mit Moskau und sowjetischer Waffenunterstützung — gelingt, die gestellte Aufgabe zu lösen. Trotz stillschweigender Zusammenarbeit der Supermächte gegen den Iran, die Khomeini so charakterisierte: „Rußland hilft Irak, das von Amerika unterstützt wird!“. Helfen wir dem tapferen iranischen Volk in seinem gerechten Kampf gegen den Imperialismus und seine Kettenhunde jeglicher Art.

Die Hintergründe des Krieges

Eine reaktionäre Achse Bagdad-Riad-Washington

Überfall mit Moskaus Duldung

BAGDAD. — Als der irakische Staatspräsident Saddam Hussein am 17. September 1980 den fünf Jahre vorher geschlossenen Vertrag mit dem Iran über die Region des Schatt el Arab aufkündigt und damit eine of-

fene Kriegserklärung ausspricht, liegt hinter dem irakischen Staat ein Jahr systematischer und enormer Aufrüstung.

Dreimal drangen Nachrichten darüber in die westliche Presse vor. Beim Kauf einer ganzen Fregattenflottille aus Italien, beim 6-Milliarden-Mark-Waffenkauf aus Frankreich und, erst kürzlich, anläßlich der Lieferung hochangereicherter Urans aus Frankreich. Vermittelt und vorfinanziert wurden diese Käufe, Meldungen der britischen Zeitschrift „The Middle East“ zufolge von Saudi-Arabien.

Seit dem Sturz des Schah-Regimes in Iran strebt die irakische Bourgeoisie, auf einer Woge von Öl schwimmend, nach der Gendarmenrolle am Golf. Zu Beginn des Jahres hatte der Irak bereits eine „Arabische Charta“ ausgearbeitet, die angeblich verhindern sollte, daß fremde Truppen am Golf auf Dauer stationiert werden. Diese Rolle sollen dem Bagdader Plan zufolge die Armeen des Irak und Saudi-Arabiens übernehmen.

Die Waffenkäufe in Westeuropa signalisieren aber auch einen anderen Vorgang: die Abkehr des Irak aus dem Lager der UdSSR in das des westlichen Imperialismus. Noch ist Moskau Hauptwaffenlieferant für die irakische Armee, aber ein umfangreiches Programm zur totalen Umrüstung wurde seit Husseins Machtantritt im Juli letzten Jahres begonnen.

Seitdem Hussein die ganze staatliche Macht im Irak auf sich vereinigt hat und im Juli letzten Jahres die Konkurrenten um die Macht liquidieren ließ, sandte er regelmäßig Kuriere nach Riad zu König Khalid. Dort wurde über alle wichtigen Fragen der Golfregion verhandelt.

Im Dezember letzten Jahres war der Besuch des amerikanischen Außenministers, Cyrus Vance, ein Markstein dieser Entwicklung. Bezeichnenderweise schlug die irakische Propaganda von diesem Zeitpunkt ab einen ganz offen aggressiven Ton gegenüber dem Iran an.

Im Irak hat der amerikanische CIA eine ganze Armee von 20 000 Schergen Reza Pahlevis gesammelt, die für Putschpläne zur Verfügung standen. Bei den verschiedenen, im Laufe dieses Jahres in Teheran aufgedeckten Verschwörungen, wurden jedesmal auch Verbindungen in den Irak registriert. Zahlreiche hohe Offiziere der faschistischen Schah-Armee organisierten diese Truppen und halten die Verbindungen in den Iran von der irakischen Grenze aus.

Die propagandistische Lösung Bagdads zur Rechtfertigung der Aggression ist der „Kampf gegen das rassistische Khomeini-Regime“ mit dem sich Hussein als Beschützer der Kurden aufspielen will. Aber es ist bekannt, daß gerade derjenige Flügel der Baath-Partei, dem Hussein angehört, mit Feuer und Schwert gegen die Kurden vorgegangen ist. Mit sowjetischen Waffen wurden Tausende von ihnen ermordet. Die Zustände, die den Kurden im Irak vor der Aggression gegen den Iran gemacht wurden, sind so lediglich Versuche, diesen



Überfall zu rechtfertigen.

Aufschlußreich ist auch der Zeitpunkt dieser Aggression. Sie geschah zu einem Zeitpunkt, da klar war, daß die inneren Putschversuche von Schah-treuen Generalstäblern zum Scheitern verurteilt waren. Allesamt wurden die Verschwörergruppen aufgedeckt und zerschlagen. Und sie geschah zu einem Zeitpunkt, da das irakische Öl gesichert war. Die Pipeline durch die Türkei wird von der Evrenjunta als besonders wichtiges Schutzobjekt behandelt.

Bereits vorher hatte der Irak in der OPEC immer mehr die Rolle übernommen, als Partner Saudi-Arabiens dieses Erzeugerkartell zu schwächen, seine Beschlüsse zu unterminieren. Vor allem war die Ölproduktion wesentlich gesteigert worden. Gerade in den Wochen vor der Aggression gegen den Iran haben sowohl Saudi-Arabien als auch der Irak abermals ihre Tagesproduktion erhöht. So sind die Voraussetzungen geschaffen worden, eine bestimmte Zeit geringerer Öllieferungen zu überstehen.

Dient dieser Überfall eindeutig den wirtschaftlichen und strategischen Interessen des USA-Imperialismus, so kann man auf der anderen Seite feststellen, daß die andere Supermacht, die imperialistische UdSSR, sich wohlwollend neutral verhält.

Hinter dieser scheinbaren

Neutralität, hinter den Aufrufen, die Kriegshandlungen zu beenden, stehen aber massive Tatsachen, die die Rolle Moskaus in diesem schändlichen Spiel zutage fördern. Die irakische Bewaffnung stammt aus der UdSSR. Bis zum Kurswechsel Husseins stammte sie ausschließlich von dort. Aber auch noch heute sind Luftwaffe und Panzereinheiten sowjetisch ausgerüstet.



Der iranische Präsident Bani Sadr im Grenzgebiet.

Am 8. August 1980 richtete der iranische Botschafter in Moskau offiziell die Bitte an die sowjetische Regierung, die Waffen- und Ersatzteillieferungen an den Irak einzustellen, da dieser einen Krieg gegen den Iran vorbereite — dieses Ersuchen wurde abgelehnt! Dies ge-

schah zu einem Zeitpunkt, als die Aggression gegen den Iran bereits auf volle Touren vorbereitet wurde, bzw. bereits mit Grenzscharmützeln begonnen hatte.

In der Stützung des reaktionären Bagdader Regimes hat die UdSSR bereits eine lange Tradition. Dabei wurde der Massenmord an den Kurden ebenso in Kauf genommen wie der Mord an über 1 000 Mitgliedern und Funktionären der revisionistischen Partei im Irak nach deren Ausschuß aus der Regierung.

Nachdem der Iran verschiedene sowjetische Versuche, sich anzubiedern abgelehnt hatte, haben die Moskauer Machthaber keine Einwände gegen den Sturz der dortigen Regierung vorzubringen.

So steht der Iran heute einer Aggression gegenüber, die von einer Interessenkoalition des nordamerikanischen und europäischen Imperialismus sowie der arabischen Reaktion begründet wird und von Moskau akzeptiert wird.



Den Beteuerungen der Supermächte, sich selbst neutral verhalten zu wollen steht nicht nur ihre tiefe Verstrickung in die irakische Aggression gegenüber, sondern auch der Anspruch Jimmy Carters auf das amerikanische Interessengebiet Persischer Golf.

Wozu dient die Hysterie?

Es wird gezielt falsch informiert

DORTMUND. — Bei Durchsicht der Presseberichte über die Kriegshandlungen an der irakisch-iranischen Grenze, wie auch bei Meldungen in Radio und Fernsehen fällt vor allen Dingen auf, daß ständig gegensätzliche Erfolgs- und Siegesmeldungen gebracht werden.

Trotzdem aber liegt in der Berichterstattung ein System. Und das liegt vor allen Dingen darin, die Bedrohung der Ölversorgung als zentrales Problem aufzuwerfen. So veröffentlichten sämtliche Zeitungen offizielle Berechnungen über den jetzigen Ölverbrauch. Immer wieder werden Meldungen lanciert, bald die eine bald die andere Seite hätte die Straße von Hormus blockiert.

Die Straße von Hormus steht bei einer genauen Durchsicht der Zahl der Meldungen sogar an der ersten Stelle aller erwähnten Orte, obwohl die Hauptkampfhandlungen direkt

am Schatt el Arab verlaufen.

Diese strategisch entscheidende Stelle des Öltransports steht im Zentrum der Aufmerksamkeit der westlichen Medien. Die verschiedenen mehr oder minder offenen Drohungen gehen dann auch gerade von der Sicherung dieser Straße „für den Westen“ aus.

Der Irak hat in seinen Kriegserklärungen bereits offen die Kontrolle dieser so wichtigen Meerenge gefordert. Ginge es also wirklich darum, die Straße allgemein freizuhalten, so wäre jetzt bereits Anlaß da einzugreifen.

Aber mit dieser Propagandawelle soll etwas anderes erreicht werden. Erreicht die irakische Aggression ihr Ziel und kann die Kontrolle von Hormus dem Iran entrissen werden, wird man nicht eingreifen. Erreicht er es nicht, so ist die Möglichkeit gegeben, die Begründung lanciert, für ein amerikanisches Eingreifen in der Region, für eine direkte US-Kontrolle über Hormus. Ob diese dann in Form einer internationalen Eingreifens geschieht oder als kombinierte irakisch-saudische Kontrolle über den ganzen Golf ist dabei unerheblich.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
14.30-15.00	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
16.00-16.30	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
18.00-18.30	9,375 MHz	31 Meterband KW
	7,300 MHz	41 Meterband KW
19.00-19.30	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,395 MHz	215m MW
21.30-22.00	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,457 MHz	206m MW
23.00-23.30	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,457 MHz	206m MW
06.00-06.30	7,300 MHz	41 Meterband KW
	5,960 MHz	49 Meterband KW
	1,395 MHz	215m MW

Demonstrationen gegen den türkischen Militärputsch

Aus Westberlin stammen die folgenden Bilder, wo sich rund 350 Menschen zu einer Demonstration gegen Evrens Staatsstreich versammelten. Unterdessen wird auch in der Öffentlichkeit das fabrizierte Bild vom sauberen Putsch allmählich angekratzt. Die neuen Maßnahmen der Militärmachthaber tragen dazu selbst bei (siehe nebenstehenden Artikel). Die Demonstrationen in der Woche nach dem Putsch waren erst der Anfang des Kampfes gegen die Junta.



Die Spitze des Demonstrationszugs



Evren = Pinochet = Shah, dieses Transparent trugen Luftballons in die Höhe.



Nieder mit der faschistischen Junta, unter dieser Losung entwickelt sich die Solidaritätsbewegung auch in unserem Land.



Auch hier war ein massives Polizeiaufgebot gegen die Demonstration der Antifaschisten organisiert worden.

Offener faschistischer Kurs

„Feuer frei“ für Armee und Polizei

Säuberungen auf allen Ebenen des türkischen Staates

ANKARA.— Die Maßnahmen der herrschenden türkischen Militärjunta bringen die Beschönigungspropaganda im Westen immer mehr in Bedrängnis. In der letzten Woche wurden eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt, die den faschistischen Charakter der türkischen Generale deutlich zeigen.

Zum neuen Ministerpräsidenten wurde keineswegs ein Zivilist ernannt, wie zunächst betont worden war, sondern der Mitverschwörer Admiral Ulusu, der bis Juli selbst dem Generalstab angehört hatte.

Die Säuberungswelle hat jetzt alle Ebenen des Staatsapparates erfaßt: Neben Hunderten von Bürgermeistern wurden jetzt auch zahlreiche Richter ihres Amtes enthoben, Stadträte aufgelöst, kurz: Der ganze Apparat wird umgekrempelt, überall werden Militärs eingesetzt.

Die entsprechend erlassenen Vorschriften und Richtlinien öffnen der Gewalt der Junta Tür und Tor. So können alle Staatsbeamte, die als „gefährlich“ betrachtet werden oder deren Arbeit als „ineffektiv“ beurteilt wird, entlassen oder suspendiert werden. Die Zensur wurde seit dem Putsch bereits zwei Mal verschärft. Die Presse darf über verhaftete und abgesetzte Politiker und Richter nicht berichten. Wer „Unruhe“ schürt durch Artikel oder „grob vereinfachend (!)“ schreibt wird mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr bedroht. Alle Publikationen müssen dem Militär zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die bisher brutalste Maßnahme aber ist die neue Vorschrift zur „Arbeit“ von Polizei und Armee. Darin heißt es ausdrücklich, Militärs und Militärpolizisten können Schusswaffen nach freiem Ermessen gebrauchen! Das ist der direkte Freibrief für Mord an politischen Oppositionellen.

Und auch ihre soziale Haltung, zeigten Evren und Kumpane sehr rasch. Bereits nach einer Woche verfügten sie Preiserhöhungen für zahlreiche Güter des täglichen Bedarfs der Bevölkerung.

Die Wirtschaftspolitik der Junta, offiziell als Fortsetzung der entsprechenden Politik Demirels angekündigt, stellt noch eine Verstärkung der volksfeindlichen Maßnahmen dar.

Nicht nur, daß die Inflationspolitik mit den diktierten Preiserhöhungen fortgesetzt wird — es werden von Demirels Fachleuten jetzt ganz direkt auch Maßnahmen zur Begünstigung der Armeebetriebe unternommen.

Die türkische Armee ist nämlich, über die Holdinggesellschaft OYAK, deren Kapital vom Generalstab aufgebracht und verwaltet wird, auch einer der größten Unternehmer des Landes. Über OYAK be-

herrscht die Armee rund 30 Betriebe mit etwa 25 000 Arbeitern. Beteiligt am OYAK-Kapital sind neben den Generalen und Obristen auch die Renault-Holding mit etwa 42 Prozent des Kapitals und die Goodyear mit etwa 10 Prozent.

Das jetzt veröffentlichte Militärprogramm Evrens, das als Kernpunkt den „Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie“ setzt und dafür nötige Opfer fordert, soll im wesentlichen über OYAK abgewickelt werden. Staatliche Betriebe anderer Richtungen sollen dafür zum Teil geschlossen werden, entsprechend den Vorrangigkeiten, die die Junta gesetzt hat.

Alle diese Tatsachen beweisen immer mehr, daß es sich bei den neuen Machthabern der Türkei um rücksichtslose Diktatoren der Kapitalisten handelt, die selbst wirtschaftlich aufs engste mit dem amerikanischen und westeuropäischen Imperialismus verbunden sind.

Daß diese Wahrheit immer mehr bekannt wird führt dazu, daß sich der Protest verbreitert. Die Stimmen mehren sich, die eine sofortige Einstellung der Türkeihilfe fordern und den Abbruch der Beziehungen zu den türkischen Militärdiktatoren.

Die Weltreaktion unterstützt bolivianische Faschisten

Exilregierung für Bolivien gebildet

UdSSR erkennt das Regime an

LIMA.— Bei einer Pressekonferenz in der peruanischen Hauptstadt Lima gab der Wahlsieger vom 29. Juni 1980, Hernan Siles Zuazo, die Bildung einer bolivianischen Exilregierung in Quito (Ecuador) bekannt. Von dort aus soll der nach wie vor starke Widerstand im Lande organisiert werden.

In Bolivien selbst steht nach wie vor die Arbeiterklasse an der Spitze des Widerstandes gegen die faschistischen Rauschgiftändler an der Macht. In den Zinnminen des Landes sinkt die Produktion stetig. Dem versucht die Junta mit blutigem Terror zu begegnen. Bei einem Überfall der Armee auf das Bergarbeiterstädtchen Caracoles Anfang August wurden 900 Menschen bestialisch ermordet. Der Führer der Faschisten, der frühere Staatschef Banzer, leistet mit seinem terroristischen Stoßbrigaden dabei blutige Hilfsdienste.

Während unter den werktätigen Menschen weltweit die Empörung über die Verbrecher aus La Paz nach wie vor groß ist, wächst die Unterstützung der Weltreaktion für die bolivianischen Generale. Unter Federführung der Bank of America wurde ein Kredit von 300 Millionen Mark von zehn US-Großbanken erneuert. Weitere 70 Millionen Mark erhielt La Paz vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Die Bundesrepublik, deren Regierung ja bereits sofort nach dem Putsch die Fortsetzung der Wirtschaftshilfe angekündigt hatte, ist ebenfalls mit zahlreichen Aktivitäten an der Stützung des Regimes beteiligt. Nicht nur das Verbot von Sammlungen für die Gegner der Junta gehört dazu. Vor wenigen Tagen organisierte zum Beispiel die Handelskammer Dortmund

ein Seminar über Investitionsmöglichkeiten in Bolivien — diese dürften zur Zeit gut sein. Bezeichnend ist aber auch die Haltung Moskaus. Während die DKP in der Bundesrepublik sich als Verteidigerin der demokratischen Opposition darstellte, hat jetzt die UdSSR angekündigt, als 19. Staat die Verbrecher in La Paz als Regierung anzuerkennen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Sie sei auch, so war Pressemitteil-

ungen zu entnehmen, am Ausbau der Beziehungen zu Bolivien interessiert. Ähnlich wie im Falle Chiles, wo die sozialistischen Staaten Osteuropas, vor allem über die DDR, immer engere Wirtschaftsbeziehungen pflegen, so jetzt auch in Bolivien: Hinter dem Theaterdonner des angeblichen Widerstands steht die Zusammenarbeit und Unterstützung für die Faschisten.



Bolivianische Minenarbeiter — harter Kern der demokratischen Opposition.

Faschistischer Bombenterror

RIO DE JANEIRO.— Im August und September haben die brasilianischen Terroristen mindestens 25 Bombenanschläge organisiert.

Auch in der Redaktion der revolutionären Gewerkschaftszeitung „Tribuna Operaria“ explodierte eine Bombe, die die Räume völlig zerstörte, glücklicherweise aber keine Menschen traf. Nach dieser Welle von Attentaten kam es in Rio zur bisher größten Demonstration gegen den faschistischen Terrorismus, an der sich nach verschiedenen Meldungen weit über 100 000 Menschen beteiligten.

Große UDP-Wahlkampagne

LISSABON.— Am 5. Oktober wird auch in Portugal das Parlament gewählt.

Die Demokratische Volksunion Portugals, bisher mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten, stellt in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes die Schaffung einer parlamentarischen Fraktion der UDP, wozu mindestens drei Abgeordnete nötig sind. Bei der letzten Wahl, der Zwischenwahl Ende letzten Jahres, hätte die UDP nur noch 15 000 Stimmen benötigt, um dieses Ziel sogar zu überbieten. In dem scharfen politischen Kampf bei dieser Wahl präsentiert sich die UDP als einzige wirkliche Alternative zu Sa Carneiros reaktionärem Kurs, tritt als einzige der zur Wahl stehenden Parteien gegen die Nato und den Internationalen Währungsfonds an. Über 1 000 Versammlungen im September haben die Politik der UDP weiter bekanntgemacht.

Rekordinvestitionen

SANTIAGO.— Nach dem faschistischen Putsch Pinochets sind in Chile bereits 8 Milliarden Mark ausländisches Kapital investiert worden.

Das Hauptziel der imperialistischen Bestrebungen ist dabei das wertvolle chilenische Kupfer. 6,7 Milliarden Mark wurden in die vom Pinochet-Regime reprivatisierten Kupferminen investiert. Dagegen wurden in der verarbeitenden Industrie ganze 700 Millionen Mark angelegt. Die wichtigsten Länder dabei: die USA (auch über Brasilien und Spanien) Frankreich, Japan und die Bundesrepublik. Fast zwei Milliarden stammen aus Konsortien von Großbanken aus eben diesen aufgeführten Ländern.

Marcos-Diktatur wankt

MANILA.— In verschiedenen geheimen Konferenzen innerhalb und außerhalb des Landes haben sich jetzt nahezu alle politischen Parteien auf eine politische Plattform gegen das Kriegsrechtsregime Marcos geeinigt.

Diesem Pakt haben sich auch die islamische Minderheit des Landes und die katholische Kirche angeschlossen. Kardinal Sin, einst Befürworter des Kriegsrechts, sagte, Marcos Diktatur sei ein Fluch. 20 Milliarden Auslandsschulden, eine Inflationsrate von 30 Prozent im Jahr und die Tatsache, daß es mindestens 16 Millionen Menschen gibt, die in Slums hausen müssen (ein Drittel der Bevölkerung) kennzeichnen die chaotische Lage in die Marcos das Land gebracht hat.

Als „heilsamen Schock“ bezeichnete er den Putsch. Auch Chiles Pinochet war ja übrigens der Meinung, daß ab und zu ein Blutbad notwendig ist, um die „Demokratie“ zu retten. Matthöfers Freunde in Ankara haben auch so allerlei gerettet: die Positionen der NATO in der Türkei, die Profite der westdeutschen Banken in diesem Land. Für diese hohen Ziele müssen sich jetzt auch die türkischen Werktätigen einem Blutbad unterziehen. Ihre Gewerkschaften wurden zerschlagen; das Streikrecht ist ihnen genommen worden. Aber das berührt Matthöfer nicht weiter. Früher ist er zwar selbst Gewerkschaftsfunktionär gewesen, inzwischen aber hat er — wie gesagt — Höheres im Sinn: die Verteidigung der „freien Welt“.

Einen wie Matthöfer bekommt unsereins selten zu Gesicht. Von einer Ausnahme berichtete in der letzten Woche der „Arbeiterkampf“. Einer seiner Leser stand dem Minister einen Tag nach dem türkischen

Matthöfer dreht durch

„Du kriegst was in die Schnauze“

Matthöfer ist „unser“ Finanzminister. In Bonn wird er als einer der möglichen Nachfolger von Kanzler Schmidt gehandelt. Matthöfer hat sich besondere Verdienste um die Verteidigung der „freien Welt“ erworben. Aus dem Bonner Staatshaushalt, den wir mit unseren Steuergeldern finanzieren, hat er eine runde Milliarde Mark für Militärhilfe an die türkischen Putschgeneräle ausgeschüttet. Als die dann mit Matthöfers Hilfe ihren faschistischen Staatsstreich durchführten, rieb sich der Minister die Hände.

Militärputsch unverhofft gegenüber. Matthöfer machte Wahlkampf in Frankfurt. Und jetzt sah er sich plötzlich mit kritischen Fragen zu seiner Rolle bei dem faschistischen Staatsstreich konfrontiert. Auf die erste Frage reagierte der Minister noch mit einer bloßen Beschimpfung: „Sie sind ein Vollidiot, machen Sie, daß Sie weiterkommen.“ Als der Fragesteller sich nicht abschütteln ließ, wurde Matthöfer schon direkter: „Wenn Sie das noch einmal sagen, hau ich Ihnen was an

den Hals! Ich war mal Boxer!“ Der junge Mann zog sich erst einmal zurück und trommelte einige Freunde zusammen. Dann rückte man dem Minister gemeinsam mit Fragen zu seiner Putschhilfe auf den Pelz. Jetzt wurde Matthöfer — wie der „Arbeiterkampf“ schreibt — „bleich vor Wut“. Er klaffte einen der Genossen an: „Wenn ich Dich alleine erwische, kriegst Du was in die Schnauze!“ Mit dieser Drohung verzogen sich der Minister und sein Troß, um einen günstigeren

Ort für ihre Wahlhilfe zu suchen. Die lästigen Fragesteller aber zogen mit. Was dann geschah, beschreiben sie so: „Wir sind ihm aber hinterher und haben wieder angefangen laut zu fragen. Jetzt klinkte der Herr Finanzminister völlig aus: Er zog sich die Jacke aus und stürzte sich auf einen Genossen. In letzter Sekunde konnten seine zwei Leibwächter und seine Frau Traudel ihn noch zurückhalten. Noch einmal versuchte er einen Anlauf, wurde aber erneut gebremst. Dann rief er

über die mittlerweile ca. 50 bis 60 Leute starke Menschenmenge hinweg: „Dich merk ich mir! Wenn ich Dich alleine erwische, hau ich Dir in die Schnauze!“

So endete dann der Wahlkampfauftritt des Ministers Matthöfer. Was muß dieser Mann für eine Angst haben, daß er schon bei einigen Fragen über seine Hilfe für die faschistischen Putschisten von Ankara derart durchdreht. Gesetzt den Fall, Kanzler Schmidt muß einmal wie sein Vorgänger Brandt das Handtuch werfen. Gesetzt den Fall, Matthöfer wird dann wirklich sein Nachfolger. Was wird dieser Mann wohl anstellen, wenn ihm dann nicht nur einige Leute über den Weg laufen, die kritische Fragen stellen, sondern wenn die Arbeiterklasse mit der Faust auf den Tisch haut und ihre Forderungen stellt? Ob dann auch ein Matthöfer einen „heilsamen Schock“ für notwendig hält, so wie ihn seine Freunde gerade in der Türkei vorerzählen?

Wahlkundgebung in München

Strauß kommandiert Polizei-Einsatz

MÜNCHEN.— Auf dem Marienplatz in der bayrischen Landeshauptstadt wurde ein Wahlkampfauftritt für den Kandidaten vorbereitet. Strauß kam — und zeigte sich nicht in der Lage, seine Rede zu beginnen. Denn es waren nicht nur seine Anhänger erschienen.

Deutlich konnten Transparente mit der Aufschrift „Stoppt Strauß!“ über der Menge ausgemacht werden. Und diese Transparente störten den Kandidaten. Er ließ sich den Einsatzleiter der anwesenden Polizeitruppen kommen, einen Herrn Wolf, und befahl ihm, die Transparente abzuräumen. Dem Herrn Wolf jedoch war eine solche Aktion, die offen gegen die Gesetze dieses Landes verstößt, offenbar zu heikel. Er weigerte sich mit dem Hinweis darauf, es gäbe keine gesetzliche Möglichkeit für die Beseitigung der Transparente.

Ein Strauß aber macht sich sein Gesetz selbst. So setzte er den zögernden Herrn Wolf kurzerhand als Einsatzleiter ab und

betrachte den Münchner Polizeipräsidenten Schreiber persönlich mit dieser Aufgabe. Auch dem war anscheinend nicht ganz wohl bei dieser illegalen Aktion. Immerhin kam er dem Wunsch von Strauß so weit entgegen, daß er die Transparente von einem riesigen Polizeiaufgebot umstellen ließ.

Strauß betrachtet in seinem bayrischen Herrschaftsbereich schon jetzt den gesamten Staatsapparat als sein Privateigentum, der ihm alles aus dem Weg räumen muß, was ihn nur irgendwie stört. Man kann sich leicht ausmalen, was dieser Mann alles aus dem Weg räumen lassen würde, wäre er Regierungschef in Bonn. Und dann würde es nicht nur um einige Transparente gehen.



„Ruhe — oder ich lasse das Land räumen!“ — Dieses Anti-Strauß-Plakat auf einer Kölner Strauß-Veranstaltung charakterisierte treffend Auftreten und Programm des Kandidaten.

PEN bekräftigt Springer-Boykott

Knapp 50 bundesdeutsche Schriftsteller haben auf der Jahrestagung des PEN-Zentrums der Bundesrepublik bekundet, daß sie nicht für die Springer-Zeitungen schreiben wollen, „weil der in seinen Blättern praktizierte Journalismus den Grundsätzen der Demokratie Hohn spricht“. Die Schriftsteller bekundeten ferner ihre Absicht, für Springer-Zeitungen keine Interviews zu geben, keine Arbeiten für Vorab-

drucke zur Verfügung zu stellen und keine Werbung für ihre Bücher in den Blättern des Konzerns einzurücken zu lassen. Zu den Unterzeichnern der Resolution gehören Heinrich Böll, F.C. Delius, Günter Grass, Walter Jens, Peter Härtling und Peter Rühmkorf. Die PEN-Mitglieder bekräftigten mit ihrer Resolution einen Beschluß, den die „Gruppe 47“ schon im Jahre 1967 gefaßt hatte.

Das japanische Gespenst



Neues von der schwarzen Front

Pfaffe mit Embryo im Hungerstreik

LINDENFELS (Kreis Bergstraße).— Der als „Hirtenbrief“ verkleidete Wahlauftritt der katholischen Bischöfe für Strauß hat offenbar mobilisierend auf den schwarzen Mob gewirkt. Im hessischen Lindenfels ging jetzt ein Pfarrer Pietrek mit einigen Gesinnungsfreunden in Kampfstellung.

Sie zogen vor eine Privatklinik, in der auch Abtreibungen vorgenommen werden. Pfarrer Pietrek schleppte dabei ein Holzkreuz mit, in dessen Schnittpunkt ein fünf Monate alter, in Gießharz eingeschlossener Embryo befestigt ist. Mit dem Kreuz und Embryo will der Pfaffe hier im Hungerstreik verharren, bis am 5. Oktober die Wahllokale geschlossen werden. Sein Protest gilt der Reform des § 218, oder wie er selbst es nennt: „den unmenschlichsten Gesetzen, die je in einer demokratischen Staatsordnung erlassen wurden.“

Den Leiter der Lindenfels Klinik hatte Pietrek früher übrigens einen NS-Verbrecher genannt — wegen der Abtreibungen. Nun ist dieser Pietrek nicht etwa ein normaler Pfaffe, der angesichts der schwarzen Hetze gegen den legalen Schwangerschaftsabbruch durchgedreht wäre. Er ist vielmehr selbst ein Aktivist dieser Hetzkampagne. Im Hauptberuf bekleidet Pietrek nämlich das Amt eines Redakteurs der „Neuen Bild-Post“. Diese von den katholischen Bischöfen herausgegebene Postille wird in den Wochen vor der Wahl in einer Auflage von jeweils 1,5 Millionen Exemplaren an Kirchgänger, Angestellte und Patienten von katholischen Krankenhäusern — kurz: an jeden, den die Herren in der Soutane zu fassen bekommen — verteilt.

In diesem Blatt wird der

derzeitige Regierungschef nur als „Abtreibungskanzler“ geführt, um so lauter tont das Lob des neuen Erlösers aus den bayrischen Bergen. Gerade die „Neue Bild-Post“ hat sehr bereitwillig von den Strauß und Stoiber gelernt. Wenn ein alter NS-Ideologe wie der Kandidat heute verbreitet, eigentlich wären die Sozialisten die wahren Nazis, warum sollte dann die schwarze Reaktion nicht in die gleiche Kerbe hauen. Früher hat man Hitler als Kreuzritter gegen den gottlosen Bolschewismus bejubelt und seine Mordwaffen gesegnet. Heute beifert man Ärzte, die sich für ein humanes Gesundheits-

wesen einsetzen, als NS-Verbrecher.

Was den Pfarrer Pietrek mit seinem Embryo betrifft, so bedauern wir es zutiefst, daß er seinen Hungerstreik kurzzeitig auf den 5. Oktober begrenzt hat. Gewiß, der Pfaffe führt seine Aktion — nach eigenem Bekunden — im Urlaub durch, wie es sich für einen anständigen deutschen Mann gehört. Aber ein „Bild-Post“-Redakteur ist doch sicher auch zu ersetzen. Deshalb unser Vorschlag: unbefristeter Hungerstreik und Durststreik dazu. Nur Mut, Pfarrer Pietrek, Kardinal Hoffner braucht Märtyrer!

Parteilbüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteilbüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 Bielefeld 1, Parteilbüro der KPD, Schildescher Str. 53, 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

4630 Bochum, Parteilbüro der KPD, Dorstener Str. 86, 7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di-Do 9-16, Mi 12-13,30, Sa 10-13 Uhr.

4800 DORTMUND 1, Parteilbüro der KPD, Stollener Str. 12, Eingang Clausen Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13,30 und 14,30-18,30, Sa 9-13 Uhr.

7800 Freiburg, Parteilbüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4800 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

3000 Hannover, Parteilbüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskeine“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18,30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18,30 Uhr.

8500 Nürnberg, Parteilbüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteilbüro der KPD, Haubmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16,30-18,30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.



Montag, 6. Oktober, 19.00 Uhr, West III

Afrika literarisch: Der du nicht lesen kannst, sprich! — Marokkanische Literatur seit 1956.

Montag, 6. Oktober, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I

Monsieur Verdoux — der Heiratsschwinder von Paris. Ein Film von und mit Charlie Chaplin aus dem Jahr 1947. Eine der amüsantesten und hintergründigsten Tragikomödien der Nachkriegszeit.

Mittwoch, 8. Oktober, 21.45 Uhr, Hessen III

Aufstand in Patagonien. — Argentinischer Spielfilm (1974) über einen Arbeiteraufstand in der Provinz Patagonien im Jahre 1920. Regie: Hector Olivera.

Mittwoch, 8. Oktober, 22.00 Uhr, ARD

Blick Richtung Afrika. — Beispiele afrikanischer Literatur in Deutschland. Anlaß der Frankfurter Buchmesse, deren Schwerpunkt diesmal die afrikanische Literatur ist, stellt die Filmemacherin Erinna König afrikanische Literatur vor. Insbesondere Bücher, die es — zum Teil schon seit Jahren — in deutschen Übersetzungen gibt. Afrikanische Autoren, die bei uns leben und schreiben, werden befragt.

Donnerstag, 9. Oktober, 16.15 Uhr, ARD

Gegen den Strom. Ansichten unbotmäßiger Bürger am Kaiserstuhl. Dokumentarfilm von Nina Gladitz. — Der Film sollte bereits am 3. März gesendet werden; wegen seiner kritischen Tendenz war er jedoch von den Filmgewaltigen zunächst abgesetzt worden. (Siehe „Roter Morgen“, Nr. 16/80)

Freitag, 10. Oktober 20.15 Uhr, ARD

Der Strohmann. US-amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1975 über komische Verwicklungen im Amerika der McCarthy-Ära der Berufsverbote für Kommunisten, der Verfolgungen und Verdächtigungen. Mit dem Komiker Woody Allen.